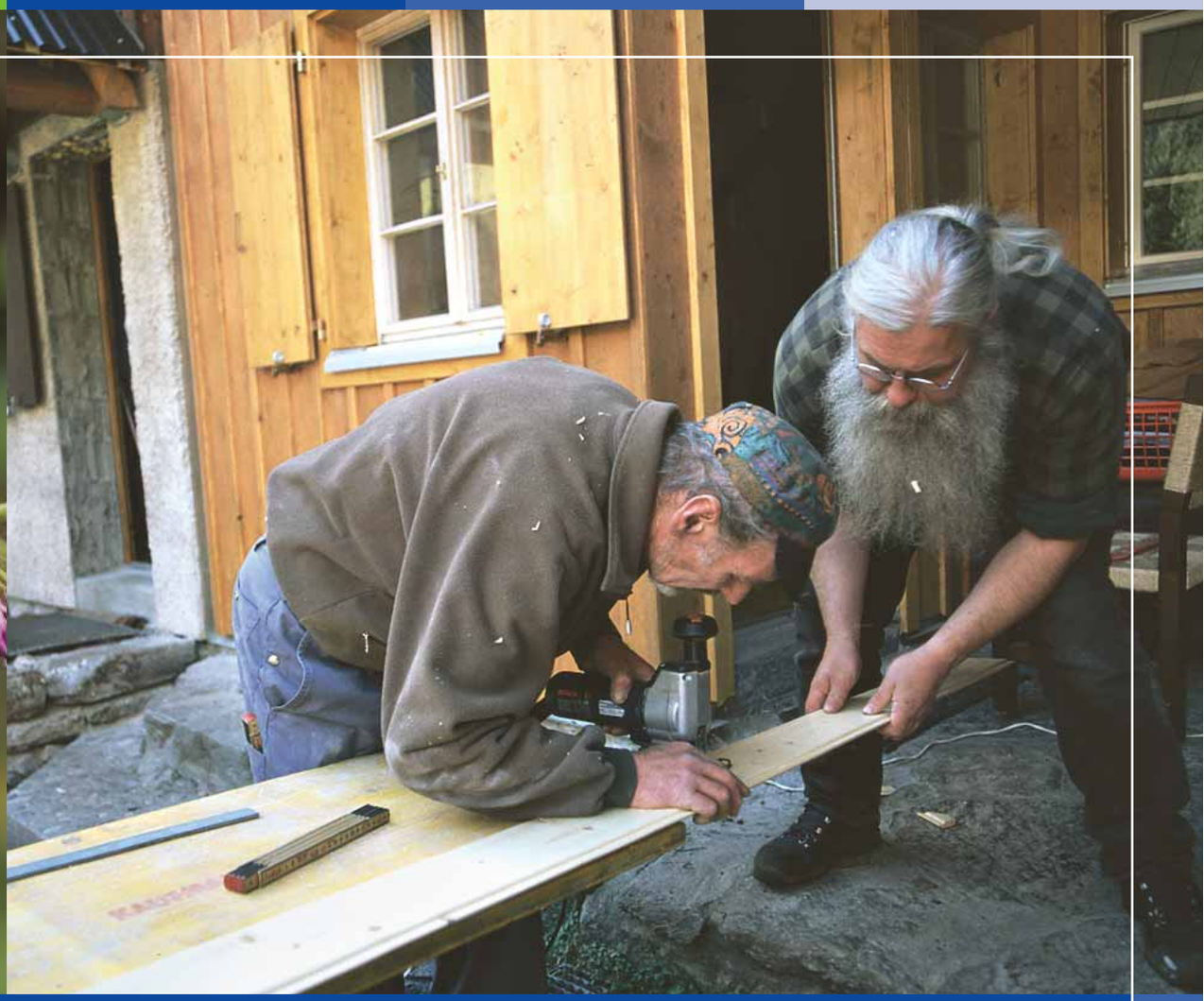


Alpendialog

Themenheft II des NFP 48
«Landschaften und Lebensräume der Alpen»

Schwerpunkt
Neue Gesprächskultur für den Alpenraum

Dialog
Lokales Wissen: für die Wissenschaft nutzen – und lokal austauschen

NFP 48
PNR 48
NRP 48

FNSNF
Schweizerischer Nationalfonds
zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Impressum

Herausgeber
Nationales Forschungsprogramm 48 «Landschaften und Lebensräume der Alpen» des Schweizerischen Nationalfonds

Konzept und Redaktion
Urs Steiger, Kommunikationsbeauftragter des NFP 48, Luzern

Texte
Dr. Fritz Wegelin, Bern
Anna Hohler, Lausanne
Pia Seiler, Luzern
Stefan Christen, Luzern
Pirmin Schilliger, Luzern
Urs Steiger, Luzern

Übersetzung
Ursula Rohrer, Kastanienbaum

Korrektorat
Textkorrektur Terminus, Andreas Vonmoos, Luzern

Grafik
martin.brunner.associés auf CD-Vorgabe von Grafikatelier Max Urech, Unterseen

Fotos
Priska Ketterer, Luzern

ausser
Seite 10–12:
Marianne Tiefenbach, Flumenthal

Fotomontagen
Seite 6–9:
Eidg. Anstalt für Wald Schnee und Landschaft WSL, Birmensdorf

Karten
Seite 22:
Agroscope FAT Tänikon auf Basis von Daten der swisstopo, Bern, sowie des Amtes für Landwirtschaft, Strukturverbesserung und Vermessung

Oktober 2005

Alpendialog, Prozesse der Zielfindung und Gestaltung

Wem gehören die Landschaften und Lebensräume der Alpen? Wie sollen sie sich entwickeln? Wer entscheidet darüber und wer kümmert sich darum? Die zahlreichen Konflikte um die alpine Landschaft zeigen, dass es darauf keine einfachen Antworten gibt. Zu verschieden sind die Ansprüche und die Erwartungen, ebenso vielfältig aber auch die Vorstellungen, was im Alpenraum geschehen soll.

Wessen Ideen und Ansprüche werden schliesslich umgesetzt? Jene der ansässigen Bevölkerung, welche die Landschaft seit Jahrhunderten nutzt und sie jetzt pflegen soll? Oder gilt das Motto «Wer zahlt, befiehlt» – und haben damit Investoren oder Subventionszahlerinnen und -zahler aus dem Unterland das Sagen? Welche Stimmen haben Touristinnen und Touristen, die im Alpenraum eine unverfälschte Landschaft suchen, und welchen Stellenwert haben Organisationen, die sich für den Schutz des Alpenraumes stark machen, unberührte Landschaften und Wildnis im Hochgebirge fordern?

Obwohl die Schweiz über ein differenziertes demokratisches und rechtsstaatliches System verfügt, bleiben immer mehr Ideen und Projekte in den Maschen formeller oder gerichtlicher Verfahren stecken. Neue Mittel und Wege bei der Ziel- und Lösungsfindung sind deshalb schon seit einiger Zeit ein Thema in der Raumentwicklung. Erste «Trampelpfade» wurden entwickelt, doch zu wenige sind den Pionieren gefolgt.

Das NFP 48 hat sich deshalb in einem Forschungsschwerpunkt intensiv mit Ansätzen von Ziel- und Lösungsfindung in der Raum- und Landschaftsentwicklung des Alpenraumes befasst. Sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene wurde Wissen zusammengetragen und weiterentwickelt. Die meist interdisziplinären Arbeiten machen Wirkungszusammenhänge zwischen Handlungen und Landschaftsentwicklungen sichtbar, stellen Tools für die Entscheidungsfindung bereit, zeigen Spielräume auf und legen dar, wie mit sorgfältig konzipierten und geführten Dialog- und Verhandlungsprozessen Lösungen gefunden und vorangebracht werden können. Diese Prozesse schaffen neue Koalitionen, helfen Blockaden zu durchbrechen und fördern eine Kooperation, die Gruppenzwang und politisches Gezänk stark reduziert. Sie tragen dazu bei, die zum Teil schwierigen, mit hohen Anforderungen verbundenen Aufgaben im Alpenraum anzugehen.

Die Arbeiten des NFP 48 zeigen aber auch, dass das Gelingen dieser Prozesse sehr oft mit der Fähigkeit von Personen verbunden ist, welche die Probleme sachlich und offen, mit der Vertrautheit des Raumes und einer guten Portion Verständigungsbereitschaft angehen. Diese neuen Macherinnen und Macher will das NFP 48 mit seinen Arbeiten unterstützen und stärken.

Dr. Fritz Wegelin
Mitglied der Leitungsgruppe des NFP 48

Alpendialog Themenheft II des NFP 48

Editorial

1 Alpendialog, Prozesse der Zielfindung und Gestaltung

Schwerpunkt

3 Neue Gesprächskultur für den Alpenraum

Forschungsprojekte

6 Welche Landschaft wollen wir?
10 Kooperativ die Landschaft bewahren und entwickeln
13 Wer hat was zu sagen im Baltschiedertal?
16 Stolpersteine für Naturparkprojekte
16 Steinige Wege zu einem Nationalpark
18 Ein Park für Mensch, Tier und die Natur
20 Auf der Suche nach Handlungsspielraum in der Landschaftsgestaltung
23 2050: Landschaft Davos ohne Landwirtschaft?
26 Auf dem (Verhandlungs-)Weg zur besseren Landschaft
29 Neue Macherinnen und Macher im Alpenraum
29 Theo Schnider: Entlebucher, Moderator, Bergführer
30 «Eine Region muss geführt werden wie ein Privatunternehmen»
32 Die Wundertüten der Bündner Bäuerinnen

Dialog

33 Mehr Konsens durch Dialog?
36 Lokales Wissen: für die Wissenschaft nutzen – und lokal austauschen

Schwerpunkt 3

Neue Gesprächskultur für den Alpenraum
Im Umgang mit dem öffentlichen Gut «Landschaft» hilft intensiver Dialog bei der gemeinsamen Lösungsfindung.

Forschungsprojekt 6

Welche Landschaft wollen wir?
Soll die alpine Landschaft so erhalten werden, wie sie ist? Soll vermehrt gebaut werden oder darf der Wald vorrücken? Die Meinungen sind geteilt. Das NFP 48 hat sie ausgelotet.

Porträt 29

Neue Macherinnen und Macher im Alpenraum
Theo Schnider, Jürg Binder, Irma Caveng – Menschen aus dem Alpenraum, die alte Grabenkämpfe überwinden, Leute zusammenbringen, Projekte in Gang setzen und die Entwicklung vorantreiben.

Neue Gesprächskultur
für den Alpenraum

Eigentlich scheint alles klar im Alpenraum: Eine Vielzahl von Rechtsbestimmungen regelt alles. Wer etwas bewegen oder bewahren will, beruft sich auf die Verfassung, auf entsprechende Gesetze und Verordnungen. Sie enthalten klare Kompetenzen und Befugnisse und bezeichnen die Entscheidungswege. In der Realität ist es jedoch nicht so einfach. Angesichts der Vielzahl der Interessen genügt es nicht, sich auf das Recht zu berufen. Wohnbevölkerung, Erholungsuchende, Touristen, Investoren oder Naturschützer: Alle haben eine andere Vorstellung von Entwicklung, die zudem nach Artikel 73 der neuen Bundesverfassung den Kriterien der Nachhaltigkeit gehorchen muss. Im Umgang mit dem öffentlichen Gut «Landschaft» wird die Sache besonders schwierig: Wem gehört die Landschaft denn eigentlich? Wer bestimmt, was mit ihr zu geschehen hat? Und: Welche Landschaft wollen wir? Angesichts der sehr individuellen Wahrnehmung der Landschaft lassen sich Antworten auf diese Fragen meist nur im intensiven Dialog finden.

Dr. Fritz Wegelin,
Vizedirektor Bundesamt für Raumentwicklung
Mitglied der Leitungsgruppe des NFP 48
Urs Steiger,
Kommunikationsbeauftragter NFP 48

Im Alpenraum ist es schwierig geworden, neue Projekte zu lancieren und zu realisieren – unabhängig davon, ob es sich um Nutzungs- oder Schutzprojekte handelt. Die Schaffung neuer National- oder Regionalpärke bereitet genauso Probleme wie der Ausbau von Tourismusinfrastrukturen oder die Erweiterung von Kraftwerkanlagen. Die einen scheitern an Volksabstimmungen, die anderen haben einen hürden- und dornenreichen Behörden- und oft auch Gerichtsmarathon mit ungewissem Ausgang hinter sich zu bringen.

Die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen am Gestaltungs- und Entscheidungsprozess – die Partizipation – bietet sich dabei oft als Möglichkeit an, Ziele und Lösungswege gemeinsam zu entwickeln und damit einen Konsens zu erreichen. Ist sie aber auch der Königsweg für die Problemlösung im Alpenraum? Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen von partizipativen Prozessen und Verhandlungslösungen zur Steuerung der Entwicklung von Landschaften und Lebensräumen? Welches sind die Erfolgsbedingungen?

Verpasste Chancen

Gleich vorweg: Partizipation ist nicht neu. Vor allem in der Raumplanung ist sie seit den 70er-Jahren als Instrument verankert. «Mitwirkung» ist mit dem Raumplanungsgesetz gar formell gefordert. Aber hat sie sich deswegen schon durchgesetzt? Ist tatsächlich eine neue Verhandlungs- oder Gesprächsstruktur entstanden? Werden nicht vielmehr manche Planungsprozesse weiterhin «durchgezogen»? Mit einer formellen – oft alibimässigen – Mitwirkung wird dem Gesetz zwar meistens Genüge getan, aber damit die Chance verpasst, Überlegungen zur Zukunftsentwicklung in einer Gemeinde oder einer Region in der Bevölkerung breit zu verankern.

Die Gründe, weshalb Partizipation als Instrument bisher nicht immer befriedigend zum Einsatz kam, sind wohl vielfältig: Partizipative Prozesse erscheinen auf den ersten Blick aufwändig und zeitraubend, sodass oft ein anscheinend einfacherer und schnellerer Verfahrensweg eingeschlagen wird. In der Schlussbilanz kann dies allerdings ganz anders aussehen. Gelingt es, mit dem partizipativen Prozess einen verbindlichen Konsens zu erreichen, erweist sich der Initialisierungsaufwand als gewinnbringende Investition, während der Verfahrensweg mit Stolpersteinen gepflastert sein kann.

Transparenz – klare Regeln – mehr Verbindlichkeit

Viele politische Entscheidungsträger sind es nicht gewohnt, aus den üblichen, gesetzlich klar geregelten Verfahrensabläufen auszubrechen und alle Beteiligten an einen Tisch zu laden. Denn eines ist klar: Wer die verschiedenen – mitunter zahlreichen – Betroffenen in die Entwicklung und Planung von Strategien und Projekten einbeziehen und damit auch Erfolge verzeichnen will, muss Transparenz schaffen – Transparenz bezüglich des Vorgehens und der Entscheidungsmechanismen, Transparenz aber auch bezüglich der eigenen Ziele und Absichten. Gefordert ist auch ein gewisses Mass an Machtverzicht. Denn: Echte Dialogprozesse können nur in Gang kommen, wenn Handlungsoptionen offen stehen und die Beteiligten erkennen können, dass ihr Input und ihre Beiträge tatsächlich gefragt sind. Es darf nicht sein, dass sich die Mitwirkung als «Briefkasten» entpuppt, bei dem niemand weiss, ob die Post nicht doch direkt in den Papierkorb geleitet wird.

Auf der anderen Seite stellt Partizipation auch Ansprüche an die Mitwirkenden, die oft genug nicht gewillt waren, diese zu erfüllen. Zum einen ist ein gewisser Grad an Kompromissbereitschaft zu nennen, zum anderen gehört zu den wichtigen Voraussetzungen auch eine bestimmte Verbindlichkeit, das heisst eine Bereitschaft, sich an Vereinbartes zu halten. Wo kein Verhandlungsspielraum vorhanden ist, wo die Opposition fundamental ist oder wo gegenüber dem Ergebnis mentale Vorbehalte bestehen, die später sogar in Beschwerden münden, hat Mitwirkung wenig Sinn, bringen Verhandlungen nichts.

Um dies zu vermeiden, sind – sowohl bei öffentlichen Dialogprozessen als auch bei Verhandlungen zwischen Akteurgruppen – Spielregeln gefordert, die Verbindlichkeit herstellen und dafür sorgen, dass gemeinsam erarbeitete Ergebnisse gültig bleiben und umgesetzt werden. Andernfalls entsteht bei allen Beteiligten ein grosses Frustrationspotenzial.

Zeitfaktor entscheidend

Erfolgreich zum Einsatz gekommen sind Partizipationsinstrumente bisher hauptsächlich im Rahmen kommunaler Nutzungsplanungen. Insbesondere bei der Leitbild- und Strategieentwicklung, aber auch bei der Quartierplanung werden mitunter sehr gute Ergebnisse erzielt. Schwierigkeiten zeigten sich bisher vor allem dort, wo die Instrumente nicht systematisch und zweckmässig eingesetzt wurden. Eine entscheidende Bedeutung ist dabei dem «Timing» beizumessen. Ein Dialogprozess ist nicht in jeder Phase des Planungsprozesses gleich ergiebig. In einem zu frühen Zeitpunkt sind für eine verbindliche Meinungsbildung die Inhalte noch zu vage oder zu abstrakt. Es müssen daher ausreichend Grundlagen vorhanden sein, auf welchen die Diskussion aufbauen kann. Gleichzeitig müssen auch Handlungsoptionen offen stehen, welche die Diskussion auch zulassen. Wenn sich die Entscheidungsträger insgeheim schon entschieden haben und mit einem Dialogprozess die Zustimmung der Betroffenen lediglich zur Eigenlegitimation suchen, sind dies schlechte Voraussetzungen für die Konsensfindung.

Die Partizipation der Beteiligten erfordert in allen Phasen des Prozesses Zeit – Zeit zur Aufbereitung verständlicher Unterlagen, Zeit für den Dialog und schliesslich auch Zeit zur Umsetzung der Ergebnisse. Der zu erwartende Zeitaufwand ist häufig einer der Hauptgründe, weshalb auf den Einsatz partizipativer Instrumente verzichtet wird. Die Auffassung, nicht über die erforderliche Zeit zu verfügen, um die Betroffenen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, erweist sich jedoch oft als Trugschluss. Denn Zeit ist immer notwendig – entweder mit dem Dialogprozess vor einem Entscheid oder danach, wenn für Akzeptanz geworben oder die Um- und Durchsetzung gesichert werden muss.

Dialog auf allen Ebenen

Eine breite Beteiligung verbessert jedoch die Entscheidqualität: Es fliessen mehr Aspekte und mehr Basiswissen in einen Entscheid ein. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Verfahrensabläufen findet in Dialogprozessen – dazu gehören auch die Ver-

handlungen zwischen Konfliktparteien – eine Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der anderen statt. Im Zentrum steht dabei nicht die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern eine Lösung, die alle zufrieden stellt oder die zumindest alle akzeptieren können.

Steht die Landschaftsentwicklung zur Diskussion, so sind zahlreiche Erwartungen, Anforderungen und Ansprüche zu berücksichtigen und zu erfüllen. Gerade die hohe Komplexität und die starke Vernetzung von raum- und landschaftsrelevanten Fragen erfordern den Einbezug möglichst vieler Betroffener. Es kann sich dabei genauso gut um ein lokales Tourismusprojekt handeln wie um einen regionalen Landschaftspark oder um den Ausgleich zwischen dem Alpengebiet und der übrigen Schweiz. Von Vorteil ist es zudem, wenn berggebietsinterne Anstrengungen unternommen werden, als Talschaft, als Region zu denken und zu handeln. Das regionale Zusammenraufen und Bündeln von Kräften stärkt die Region und hilft, die Innovationspotenziale besser auszuschöpfen.

Neue Macherinnen und Macher im Alpenraum

Raum- und Landschaftsentwicklung mit Hilfe partizipativer Prozesse zu führen, bedeutet letztlich auch, ein anderes Verständnis für politisch-administrative Prozesse zu entwickeln – vom Verwalten und Bestimmen hin zum Führen und Leiten im Sinne eines modernen Managements. Damit dies gelingen kann, braucht es Personen, welche über die Fähigkeit verfügen, Prozesse über Parteigrenzen hinweg in Gang zu setzen und in Gang zu halten, Leute, die motivieren und begeistern können, ohne sich ständig in alten Grabenkämpfen zu verlieren, Leute aber auch, die es verstehen, anstelle des Herunterbetens bekannter Forderungen den Dialog zwischen dem Alpenraum und der übrigen Schweiz, zwischen Einheimischen und Touristen zu beleben und daraus neue Zukunftsperspektiven für die Region zu formen. Diesen neuen Macherinnen und Machern kommt für die Zukunft des Alpenraums eine entscheidende Rolle zu. Gerade sie müssen sowohl auf die lokale Unterstützung als auch auf die schweizerische Solidarität zählen können.

Zukunftsweisende Gesprächskultur fördern

Damit Dialogprozesse nicht zu Plauderrunden verkommen, benötigen sie methodische Grundlagen ebenso wie Hilfsmittel in Form von Bewertungs-, Entscheidfindungs- und Konsensfindungstools. Eine reiche Palette an Methoden steht bereits zur Verfügung. Im Einzelfall sind sie jedoch an die alpinen Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen und entsprechend auszugestalten. Diverse Projekte des NFP 48 haben diese Aufgabe übernommen. So wurden bestehende Methoden für den Einsatz im Bereich der Landschaftsentwicklung adaptiert beziehungsweise mit Instrumenten zur Bewertung der Landschaft ergänzt. Andere Arbeiten haben Modelle entwickelt, die es erlauben, Wirkungszusammenhänge sowie Auswirkungen von Entscheiden und unterschiedlichen Politiken auf die Landschaftsentwicklung sichtbar zu machen. Für die Zielfindung sind auch jene Studien aufschlussreich, die zeigen, welche Einschätzung die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Alpenraum und in den anderen Gebieten der Schweiz von der Landschaftsentwicklung in den Alpen haben. Schliesslich zeigt sich auch die grosse Bedeutung der institutionellen Voraussetzungen, wenn Schutz- und Nutzungsanliegen in den Landschaften und Lebensräumen der Alpen in Einklang gebracht werden sollen.

Es bleibt aber auch vor einer Idealisierung von Dialog- und Verhandlungsprozessen zu warnen. Nicht in allen Fällen sind solche Verfahren geeignet. Dies ist etwa in Konfliktsituationen der Fall, bei denen grundsätzliche Wertfragen aufeinander prallen und der Spielraum für Varianten klein ist. Insgesamt zeigen die Erfahrungen jedoch, dass verbindliche partizipative Instrumente mit klaren Regeln zu einer zukunftsweisenden Gesprächskultur im Alpenraum beitragen und die nachhaltige Landschafts- und Regionalentwicklung befruchten und unterstützen.

Welche Landschaft wollen wir?

Welche Landschaft im Alpenraum erachten die Touristen und Städter aus dem Unterland als attraktiv? Was wünschen sich die Bergbewohner? Das Forschungsteam von Marcel Hunziker* hat nach Antworten auf diese Fragen gesucht und versucht, die höchst unterschiedlichen Erwartungen der verschiedenen «Alpennutzer» besser aufeinander abzustimmen.

Text *Pirmin Schilliger, Luzern*

Tourismus, Landwirtschaft und Transitverkehr sind die dynamischsten Kräfte der steten Veränderung in den Alpen. Während die Landschaft in den regionalen Zentren in den Tälern immer intensiver genutzt wird, erfolgt an den Rändern eine Extensivierung: Landwirtschaftliche Nutzflächen werden aufgegeben, verwildern und werden zu Wald. Wünschenswert oder ärgerlich? «Dies lässt sich kaum pauschal beantworten, denn die Alpenlandschaft ist nicht allein für die ansässige Bevölkerung von Bedeutung. Sie muss die Ansprüche verschiedener Interessengruppen befriedigen», sagt Marcel Hunziker. Zielkonflikte und Widersprüche sind folglich unvermeidlich.

Welche Erwartungen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Landschaftsveränderungen im Alpenraum haben und welche Bedürfnisse sie anmelden, war bisher noch nicht vertieft erforscht worden. Diese Wissenslücke schliessen will das dreiteilige Projekt «Zielvorstellungen und Konflikte hinsichtlich alpiner Landschaftsentwicklung». In ausführlichen Interviews befragte die Psychologin Susanne Kianicka* in Alvaneu und Savognin (GR) vierzig Einheimische und Touristen. Was sind deren Wünsche und Befürchtungen hinsichtlich von Landschaftsveränderungen? Die Forscherin wollte wissen, welche Rolle die alpine Landschaft für die Beziehung der Menschen zu ihrem Wohn- oder Ferienort spielt. Und sie bat die Interviewten, die Eigenheiten des Dorfes aus ihrer persönlichen Optik zu charakterisieren. Die Fragen thematisierten nicht einfach nur Landschaft, sondern kreisten auch um soziale, kulturelle und wirtschaftliche Themen.

Authentisch ist nicht gleich authentisch

Ergebnis: Alle Befragten wünschen sich eine möglichst authentische Landschaft. Darunter verstehen allerdings längst nicht alle das Gleiche. Die Einheimischen in Alvaneu etwa möchten eine intakte Umwelt, die nicht durch einen planlosen Ausbau touristischer Infrastrukturen verschandelt wird. Tatsächlich prägt den Ort im malerischen Albulatal ein charakteristischer Dorfkern mit Häusern, die teilweise noch aus dem Mittelalter stammen. Doch neue Ferienhäuser, der Wiederaufbau eines in den 60er-Jahren stillgelegten Kurbades, ein grosser Golfplatz und zu Ferienwohnungen

umgenutzte Maiensässe und Ställe signalisieren eine – wenn auch sanfte – touristische Entwicklung, die durchaus dem Leitbild der 400 Einwohner zählenden Gemeinde entspricht. Demzufolge soll Alvaneu ein Ort sein, der sowohl den Bedürfnissen der Einheimischen als auch der Touristen dient. Entwicklungen müssen, damit der Charakter des Dorfes nicht verloren geht, sowohl zur gebauten wie auch zur natürlichen Landschaft passen. Als Massstab dafür, ob ein Landschaftselement als passend – oder eben authentisch – empfunden wird, dient einerseits der Stil traditioneller Bauten, anderseits die topografische Einpassung in den Ort, weiter auch der Entstehungsprozess. «Was historisch gewachsen ist, ist authentisch», formuliert eine Informantin. Dass viele der «authentischen» Landschaftselemente ihre ursprüngliche Funktion längst verloren haben, scheint nicht weiter zu stören. So möchten die Einheimischen, dass die historischen Waschbecken oder «Pastregls», obwohl sie längst nicht mehr gebraucht werden, als kulturelles Erbe bewahrt werden. Auch die befragten Touristen schliessen sich dieser Meinung an. Schliesslich haben sie Alvaneu gerade wegen solcher Originalität als Destination gewählt.

Über den Golfplatz scheiden sich die Geister

Umstrittener ist die Frage, ob der neue Golfplatz einer authentischen Landschaft entspricht. Einheimische wie Touristen taxieren sein Erscheinungsbild höchst unterschiedlich. Manche finden ihn wunderschön, andere hingegen unpassend und «künstlich». Bezüglich seiner grundsätzlichen Existenz driften die Meinungen weit auseinander. Für gewisse Einheimische symbolisiert der Golfplatz Innovation und wirtschaftlichen Aufbruch, und zwar im Einklang mit einer naturnahen Entwicklung. «Ich schätze die lebendige Landwirtschaft und die intakte Landschaft», sagt ein Rentner aus Alvaneu, der immer Wert darauf gelegt hat, seine Fluren zu pflegen und nicht verwahrlosen zu lassen. Eine Frau hingegen meint: «Eine Naturwiese mit Blumen wäre viel schöner als so ein perfekter Platz.»

Gegensätzlich fällt das Urteil unter den Touristen aus: Gehören sie selber zu den Golfspielern, so empfinden sie den Platz als authentisch, weil sie darauf eine für sie wichtige Aktivität ausüben können. Golf-Laien jedoch nehmen den Platz oft als unpassend wahr. Sowohl die künstliche Form als auch das Fehlen einer historischen Verankerung der neuen Sportart widersprechen ihrem Bild eines intakten Ortes in den Alpen.

> «Alle wünschen sich eine möglichst authentische Landschaft. Darunter verstehen allerdings längst nicht alle das Gleiche.»

Der gravierendste Unterschied zwischen der einheimischen Innen- und der touristischen Aussensicht: Die Ansprüche und Erwartungen der Ortsansässigen an die Landschaft werden hauptsächlich durch Aspekte wie Beschäftigung, Besitz, soziale Beziehungen und Kindheitserinnerungen bestimmt. Entsprechend werten sie Landschaft vor allem aus einer existenziellen und sozialen Sicht. Dabei spielt das Kriterium der Unverwech-

«Ortsansässige werten die Landschaft vor allem aus einer existenziellen und sozialen Sicht, die Touristen aus individueller.»

selbarkeit eine wichtige Rolle. Die Touristen jedoch erleben Landschaft bloss im Rahmen ihrer Freizeitaktivitäten und urteilen aus individueller Sicht. Wichtig ist, dass ihnen Alvaneu das Gefühl vermitteln kann, weg zu sein von zu Hause, in einer gesunden und stimmigen Umgebung.

Landschaft im Fototest

Im zweiten Teil des Projekts untersuchte die Psychologin Katrin Gehring die Landschaftsvorlieben verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie deren Einstellungen bezüglich einer künftigen alpinen Landschaftsentwicklung. Dazu stützte sie sich auf eine repräsentative Umfrage bei Einheimischen und Touristen in Mittelbünden, bei der Schweizer Bevölkerung sowie bei Experten und Entscheidungsträgern. Über 1600 Personen erhielten einen standardisierten Fragebogen. Ein wichtiges Ziel dieser Untersuchung war es, herauszufinden, wie sehr die Vorstellungen der ausseralpinen Schweizer Bevölkerung von jenen der Bergbevölkerung abweichen. Der Fragebogen enthielt Bilder, die bestimmte Ausschnitte einer Landschaft in verschiedenen Zuständen – in der Vergangenheit, heute und künftig – zeigten. Die Befragten bewerteten in Fototests, welche Szenarien ihnen am besten gefielen.

Im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse: Landwirtschaftlich genutzte Maiensässe etwa werden von Einheimischen und Touristen deutlich positiver bewertet als von der übrigen Schweizer Bevölkerung. Eine umgekehrte Tendenz zeigt sich bei den zu Feriensiedlungen umfunktionierten Maiensässen: Einheimische und Touristen bewerten dies recht kritisch, während die übrige Schweizer Bevölkerung dieser Umnutzung positiver gegenübersteht. «Das echte Gefühl, auf einem Maiensäss zu sein, geht in diesen mit Satellitenschüsseln bestückten Hütten verloren», meint eine junge Frau aus Alvaneu. Für die Einheimischen scheint dieser Wandel zudem ein Zeichen für den bedauerlichen Verlust einer ehemals wichtigen Existenzgrundlage zu sein.

Mehr Wildnis – auf Kosten der alpinen Kultur?

Die Umfrageergebnisse zeigen auch: Touristen und die übrige Schweizer Bevölkerung stört es kaum, dass Maiensässe gänzlich verfallen. Die Einheimischen jedoch beurteilen dies als eindeutig negativ. Der Grund für die unterschiedliche Sichtweise: Touristen akzeptieren – im Gegensatz zu Einheimischen – den Verfall der Gebäude als natürliche Folge der aufgegebenen Nutzung. Somit ist auch der Verfall echt und authentisch. Für die Einheimischen hingegen verschwinden mit den Maiensässen kulturelles Erbe und damit Authentizität. Aus dem gleichen Grund bewerten sie aufgelassenes und verbuschendes Land negativ, während Personen von aussen dies durchaus als reizvoll empfinden.

«Überraschenderweise stossen in unserer Umfrage im Vergleich mit früheren Erhebungen Verbuschung und Wiederbewaldung und damit das Verschwinden der alpinen Kulturlandschaft auf grössere

Akzeptanz», so Gehring. Dies könnte auf einen aktuellen Meinungswandel der Schweizer Bevölkerung in dieser Frage hindeuten.

Deutlich manifestiert sich ein Stadt-Land- oder Berg-Unterland-Konflikt: Im Ruf nach mehr Wald und Wildnis – wie er im Unterland laut wird – sehen die Bergbewohner eine Bedrohung ihrer Existenzgrundlage. Sie sträuben sich, die über Jahrhunderte gepflegte alpine Kulturlandschaft plötzlich der Verwilderung preiszugeben. Soll die künftige Entwicklung der Alpenlandschaft von allen Bevölkerungskreisen mitgetragen werden, müssen die aktuellen Differenzen verringert werden. Ein verbessertes gegenseitiges Verständnis wäre ein erster Schritt. «Und die Realisierung des Wunsches nach mehr Wildnis – etwa durch die Errichtung neuer Nationalpärke – könnte für die Bergbevölkerung durchaus neue wirtschaftliche Chancen eröffnen», so Marcel Hunziker.

*** Dr. Marcel Hunziker,** Eidg. Anstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Projektleiter, **Susanne Kianicka**, Mitarbeiterin im NFP 48-Projekt «Zielvorstellungen und -konflikte bezüglich der Entwicklung alpiner Landschaften und Lebensräume: psychologische Hintergründe, gesellschaftliche Mechanismen und Lösungsansätze für eine nachhaltige Landschaftsentwicklung im Alpenraum und ausserhalb»

Kontakt: marcel.hunziker@wsl.ch

Drei Präferenztypen

Die Ergebnisse der Umfragen verdeutlichen, dass sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in wichtigen Fragen der künftigen Entwicklung der alpinen Landschaft nicht einig sind. Gehring zeigt drei Typen auf, die sich durch verschiedene Ansprüche und Vorlieben kennzeichnen und die jeweils unterschiedliche soziale Gruppen repräsentieren:

Arkadischer Typ Er liebt eine «schöne Landschaft» ohne besondere Extreme, will also weder monotone Wälder noch Wildnis, noch Golfplätze, noch intensiv bewirtschaftete Felder. Die Landschaft muss weder vielfältig noch geheimnisvoll sein. Arkadier finden sich besonders häufig unter Bergbauern, für die wirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund stehen. Nicht zuletzt geht es für sie um den Erhalt einer über Jahrhunderte in Wert gesetzten Kulturlandschaft, die für sie, wie sie es für ihre Vorfahren war, von existenzieller Bedeutung ist.

Utilitaristischer Typ Er toleriert Landschaftsveränderungen und wertet touristische Infrastrukturen wie Golfplätze, Ferienhäuser und Transportanlagen durchaus positiv. Den Nützlichkeitstyp repräsentieren überwiegend im Tourismus tätige Personen. Für sie ist die Landschaft in erster Linie Rohstoff oder Potenzial, das es gewinnbringend zu nutzen gilt.

Wildnistyp Er schätzt besonders Wälder und wilde Landschaften. Zeichen menschlichen Einflusses werden tendenziell negativ bewertet. Der Wildnistyp findet sich besonders häufig bei Städtern im Unterland, für welche die Alpen primär Freizeit- und Erholungsraum sind. Weiter tendieren Mitglieder von Umweltverbänden zu diesem Typ.

Kooperativ die Landschaft bewahren und entwickeln

Alpweiden verbuschen, Hänge rutschen, Bergwälder überaltern – Phänomene, die im Alpenraum zunehmend zu beobachten und mindestens teilweise eine Folge vernachlässigter Landschaftspflege sind. Mögliche Lösungen hat das Forschungsprojekt «Kooperation im Landschaftsmanagement» an Fallbeispielen im Berner Oberland untersucht. Dabei zeigt sich: Tradierte Strukturen der gemeinschaftlichen Landschaftspflege haben weiterhin Zukunft; erfolgversprechend sind aber auch neue Strategien und Kooperationen, die den Blick fürs Ganze schärfen.

Text *Stefan Christen, Presswerk, Luzern*

Die Bergschaften heissen etwa Bussalp, Holzmatten und Wärgistal. Sieben an der Zahl sind es insgesamt in der Gemeinde Grindelwald im Lütschinental, Berner Oberland. Hier hat die gemeinschaftliche Alpnutzung und Alppflege eine jahrhundertealte Tradition. Eine fast 500-jährige Urkunde, der Taleinungsbrief von 1538, bildet die Grundlage der Nutzungs- und Pflegestrukturen dieser Bergschaften. Er wurde im Verlauf der Zeit wiederholt sanft angepasst. Darin ist etwa festgelegt, wer die Alp wie stark bestossen darf; zudem ist angeordnet, dass die Nutzer der Bergschaften so genannte «Tagwannarbeiten» zur Erhaltung von Landschaft und Infrastruktur leisten müssen. Das heisst: Die Alpwirtschaft hatte schon weiland neben ökonomischen auch landschaftspflegerische Funktionen.

Wildes, verwildertes Oberland?

Heute ist diese Alpnutzung und Landschaftspflege bedroht – nicht nur im Lütschinental, sondern in weiten Teilen des Alpenraums. Die Verbuschung und Verwaldung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen schreitet fort, Bergwälder überaltern. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und damit der Rückgang der primären Produktion, Abwanderung, Verstädterung – dies alles wirkt sich auch auf die Qualität der Landschaft im Alpenraum aus. Denn: Verwildert das Berggebiet, leidet darunter nicht nur das Landschaftsbild, sondern auch der Tourismus, der diesen Erholungsraum vermarktet. Für das stark touristisch geprägte Lütschinental gilt dies ganz besonders: Auf dem Terrain der Grindelwalder Bergschaften spielt sich der Sommer- und Wintertourismus ab, die Korporationen sind selber mit dem Tourismus zum Teil eng verbunden. Weil der Fremdenverkehr vielerorts eine zentrale Existenzgrundlage darstellt, ist es für die Betroffenen elementar, dass sie Landschaftsentwicklung und -pflege sinnvoll planen, unterstützen und umsetzen können.

Traditionelle Strukturen mit Zukunft

Wie lassen sich unerwünschte Landschaftsveränderungen gemein-

«Beim gemeinschaftlichen Arbeiten werden Wissen und Erfahrungen weitergegeben. (...) dieser Mix aus Traditions- und Landschaftspflege macht es aber aus.»

schaftlich, gesamtheitlich und nachhaltig bekämpfen? Mit dieser Fragestellung befasste sich das Forschungsprojekt «Kooperation im Landschaftsmanagement: Institutionelle Strategien auf lokaler und regionaler Ebene» (KILA) der Interfakultären Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ) an der Universität Bern. Dabei beschäftigten sich die Forschenden auch mit den Alpkorporationen in Grindelwald. Projektkoordinator Thomas Hammer* bescheinigt den Grindelwalder Bergschaften eine grosse Bedeutung: Solche traditionellen Strukturen aufrechtzuerhalten sei auch künftig für die Bewirtschaftung von Wald und Land zentral. «Sie haben Zukunft.» Dabei geht es den Bergschaften keinesfalls «nur» um – aus rein marktwirtschaftlicher Sicht unrentable – Alpwirtschaft oder um Landschaftsunterhalt. Ebenso wichtig sind soziale und kulturelle Werte: Beim gemeinschaftlichen Arbeiten werden Wissen und Erfahrungen weitergegeben, an einer «Chästeilet» werden die Früchte der Arbeit geerntet. Genau dieser Mix aus Traditions- und Landschaftspflege macht es aber aus.

Fallbeispiel R-LEK

Gleichzeitig zeigen die an KILA beteiligten Forscherinnen und Forscher auf, dass neben den historisch gewachsenen Verbünden von Bergwald- und Berglandwirtschaftsakteuren auch neue Kooperationen nötig und möglich sind. Konkretisieren liess sich dieser Ansatz an einem weiteren Fallbeispiel aus der Region Berner Oberland: dem regionalen Landschaftsentwicklungskonzept (R-LEK) der Regionalplanung Oberland-Ost, eines seit rund 20 Jahren bestehenden Verbandes aus 29 Gemeinden. Das Forschungsteam der IKAÖ hat die Arbeiten am R-LEK begleitet und den Beginn des Umsetzungsprozesses mit einem gemeinsam organisierten Workshop mitgestaltet.

Anreize schaffen

Das Konzept R-LEK soll den beteiligten Gemeinden als Leitfaden dienen; es legt gewissermassen die Strategie für das künftige Landschaftsmanagement in der Region fest. Dabei wird im Wesentlichen eine regionale Landschaftsentwicklung skizziert, die sich zum einen an bestehenden gesetzlichen Grundlagen orientiert, zum andern eine informelle, sanfte Lenkung der Landschaftsentwicklung anstrebt. Die entsprechenden Anreize waren im konkreten Fall dank Förderinstrumenten des Kantons Bern und des Bundes bereits gegeben. Zusätzlich schuf die Regionalplanung Oberland-Ost auch eigene Instrumente, etwa einen regionalen Landschaftsfonds, aus dem einzelne Projekte unterstützt werden.

Partizipativer Prozess oder: Der Weg ist auch ein Ziel

Klar ist: Allein schon der Weg, der bei der Erarbeitung des R-LEK eingeschlagen wurde, hat geholfen, ein Ziel zu erreichen. In einem partizipativen Prozess wurden verschiedenste lokale und regionale Akteure und Interessengruppen – Gemeinden, Tourismusorganisationen, Landwirtschaftsvertreter, Schutzorganisationen – einbezogen. «Dies allein hatte seine Wirkung», sagt Thomas Hammer. So stellt der Schlussbericht fest, dass über verschiedene Mitwirkungsformen Strukturen für ein regionales Netzwerk geschaf-

fen wurden. Zwar sind Konflikte über die Nutzung und Entwicklung der Landschaft auch künftig unvermeidlich. Trotzdem zeigte sich bei der Arbeit am R-LEK, dass die Mitstreiter allmählich Verständnis füreinander und – besonders wichtig – gar Ansätze einer sektorenübergreifenden Zusammenarbeit entwickelten.

So beteiligten sich beispielsweise Leute aus dem Forstwesen und aus dem Tourismus beim Ausholzen von Aussichtspunkten in Lauterbrunnen. Und dass auch Touristikern ein zielgerichteter Umgang mit Landschaften wichtig ist, dokumentiert das Projekt «alpenregion.ch»: Die Tourismusdestinationen im Berner Oberland Ost haben gemeinsam einen Fonds geäufnet, aus dem sie jährlich Auszeichnungen für besonders wertvolle Landschaften vergeben. Trotz dieser zum Teil schon realisierten Projekte ist bislang noch unklar, wie sich das Konzept R-LEK de facto auf die Landschaft auswirkt. Quantitative Aussagen dazu sind jedenfalls nicht möglich. Tendenziell wirken sich der initiierte Prozess, die Projekte und die damit verbundene Sensibilisierung der Akteure aber «positiv auf die Landschaft aus», wie es im KILA-Schlussbericht heisst.

Kooperativ und integrativ

Und doch gilt auch in diesem Fall: Konzepte sind das eine, ihre Umsetzung ist das andere. Bei einer ersten Auswertung des R-LEK-Prozesses im Berner Oberland Ost zeigte sich, dass die definierten Strategien erst ansatzweise in die konkrete Politik der Gemeinden eingeflossen sind. Das Forschungsteam betont daher: Für ein kooperatives Landschaftsmanagement, das integrative Interessen bündelt und also den Blick fürs Ganze nicht aus den Augen verliert, bedarf es auch regionaler Akteure und Moderatoren. Diese sollen diesen Prozess begleiten und fördern – und gleichzeitig darauf achten, dass sich eine gemeinsame Strategie «von unten» entwickelt: im Einbezug aller Betroffenen und ihrer spezifischen Interessen. Vertikal und horizontal vernetzte und partizipativ organisierte Kooperationen bei der künftigen Entwicklung und Gestaltung von Landschaften – vorerst ist dies ein idealtypisches Modell, dessen ist sich auch Thomas Hammer bewusst. «Gerade die Bergkantone haben solche Ansätze bislang mit ihrem stark sektoriellen Denken torpediert. Es dauert deshalb seine Zeit, bis die Einsicht reifen wird, dass sektorenübergreifende Kooperationen sinnvoll sind – gerade weil der Ertrag nicht von vornherein sichtbar ist.»

> «Ein kooperatives Landschaftsmanagement bedarf regionaler Akteure und Moderatoren.»

*** Dr. Thomas Hammer** ist Privatdozent an der Interfakultären Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ) der Universität Bern und Projektkoordinator für das NFP-48-Projekt «Kooperation im Landschaftsmanagement: Institutionelle Strategien auf lokaler und regionaler Ebene» (KILA). Die Fotos zu diesem Projekt stammen von Marianne Tiefenbach, Projektmitarbeiterin

Projektleitung: Prof. Dr. Ruth Kaufmann-Hayoz

Kontakt: rkaufmann@ikaoe.unibe.ch

Wer hat was zu sagen im Baltschiedertal?

Wie verhält es sich in einem der letzten ursprünglichen Alpentäler der Schweiz angesichts einer sich verändernden Bewirtschaftung? Eine Vergleichsstudie beschreibt das Tal vor und nach der Unterzeichnung des Landschaftsschutzvertrages von 1986.

Text *Anna Hohler, Lausanne*

Wem gehört ein Stück Landschaft eigentlich? Dem Grundeigentümer – auch wenn er die darauf verlaufende Bisse nicht mehr unterhält, da das Wasser jetzt durch einen Tunnel läuft? Demjenigen, der von seinen Vorfahren Alprechte geerbt hat? Dem Schafbauern, der mit seinen Tieren mehr Zeit auf diesen hochgelegenen Weiden verbringt als alle anderen Beteiligten? Oder schliesslich demjenigen, der einen neuen Wanderweg oder eine Quellfassung baut und sich – ohne Rücksicht auf bestehende Besitzrechte – nicht nur als Nutzer, sondern auch als De-facto-Besitzer aufdrängt?

Fragen dieser Art versuchte das Forschungsteam von Raimund Rodewald* in einer Reihe von Fallstudien zu beantworten. Dieses Projekt des NFP 48 hatte zum Ziel, die Beziehung zwischen den institutionellen Regimen (vgl. Kasten S. 15) der Landschaft und ihrer Gestaltung zu untersuchen unter Einbezug der historischen und geografischen Besonderheiten. Der Vergleich zeitbezogener Daten soll zeigen, wie eine alpine Landschaft abgesehen von der traditionellen kollektiven Nutzung erhalten werden kann und wie mit neuen Formen des Besitztums zur nachhaltigen Entwicklung einer Gegend beigetragen werden kann.

Die Fallstudie, die uns hier interessiert, widmet sich dem Baltschiedertal nördlich von Visp. Das Tal gehört zu den wenigen Schweizer Alpentälern, in denen die Zivilisation nur wenig Spuren hinterlassen hat. Kein Skilift zerschneidet die Landschaft, kein Auto windet sich vom Bach her die steilen Flanken hinauf: Das Tal kann nur zu Fuss begangen werden. «Eine Strasse? Seien wir realistisch», erklärt Peter Nellen. «Schauen Sie sich diese Bergstürze an, sie würde nicht einen Winter überstehen.» Der Alt-Gemeinde-

«Seit je ziehen wir am 20. Mai mit den Schafen auf die Alp. Warum soll es jetzt anders sein?»

präsident von Baltschieder erinnert an die reissenden Hochwasser vom Jahr 2000, als der Baltschiederbach einen Teil des am Taleingang gelegenen Dorfes zerstörte. Damals entstanden Schäden von mehreren Dutzend Millionen Franken.

Wir haben unser Auto oberhalb von Eggerberg abgestellt und steigen der Bisse von Gorperi entlang, die uns über den Westhang ins Tal führt. Das Wasser fliesst ruhig neben dem Weg durch die Bisse, eine vor mehreren Jahrhunderten geschnitzte Wasserrinne. Es läuft durch kleine Felsentunnels und füllt das Becken eines Brunnens. Plötzlich ertönt ein regelmässiger Glockenklang, ausgelöst durch ein kleines Wasserrad. Es wurde anlässlich der Neukonstruktion der Bisse aufgestellt und erinnert an das ursprüngliche Warnsystem: Anstelle der Glocke gab vor ein- bis zweihundert Jahren ein rhythmischer Hammerschlag den Dorfbewohnern den Takt an. Die Stille warnte vor einer drohenden Gefahr. Denn stand das Rad plötzlich still, bedeutete dies, dass das Wasser seinen Lauf verlassen hatte und dass Erdrutsche drohten.

Eine gute halbe Stunde später gelangen wir zum Ende der Bisse und überqueren den Hauptfluss über eine massive Holzbrücke. Im Fall eines Hochwassers führen einige solide Leitplanken das Wasser und das Geröll an den Pfeilern vorbei und bewahren so die Brücke vor der Zerstörung. «Nur so konnte sie seit ihrer Erbauung vor acht Jahren bestehen», erzählt Peter Nellen. «Wir müssten sie sonst jedes Jahr neu aufbauen …» Das Baltschiedertal ist von November bis Mai fast unzugänglich. Jeden Winter prägen Lawinenniedergänge die Landschaft und im Frühling muss das Tal

«Wichtig sind die Leute vor Ort: Gemeindepräsidenten, Kantons- und Gemeindevertreter, Schafbauern, Hüttenwarte.»

Institutionelle Regime entstehen aus dem Zusammenwirken von Nutzungsrechten an landschaftsproduzierten Dienstleistungen und darauf bezogenen Anordnungen oder Berechtigungen, welche die Inhaber aus öffentlichen Schutz- oder Nutzungspolitiken herleiten. Im vorliegenden Projekt wurde das Konzept der institutionellen Regime (IR-Konzept mit vier Regimetypen) erstmals auf die Landschaft angewendet.

wiederhergestellt werden. Dazu gehören Aufgaben wie Wanderwege kontrollieren, Bissen reinigen und abklären, welche Arbeiten in den Sommermonaten anstehen.

Am Ende des Tages und nach ein paar Schreckensmomenten, die wir auf der anderen Talseite auf dem sehr luftigen Pfad entlang der alten Bisse von Niwärch erlebt haben, steigen wir gegen Ausserberg hinunter. Peter Nellen – übrigens auch Präsident der Schafbauernvereinigung des Tals – kennt jedes entgegenkommende Gesicht. Als wir an einem Chalet vorbeikommen, lässt er sich auf ein Gespräch ein: Ein Schafbauer äussert die Absicht, dieses Jahr seine Schafe früher auf die Alp zu treiben und damit die von der Korporation verhängte Frist zu missachten. «Seit je ziehen wir am 20. Mai mit den Schafen auf die Alp», schimpft er, «warum soll es jetzt anders sein?» Weil von nun an die Korporation den Termin in Abhängigkeit von den Wetterbedingungen festlegt.

Aber selbst dieser Zwischenfall verliert angesichts der Wildheit des Tals an Bedeutung. Hier scheint nichts den Lauf der Dinge ändern zu können. Dass man das Tal nur zu Fuss und mit einiger Anstrengung erreichen kann, lässt die Gefahr einer touristischen Invasion gegen null schrumpfen. Auch die Nutzung der Wasserkraft ist grundsätzlich verboten, seit die vier Gemeinden des Baltschiedertals, Ausserberg, Baltschieder, Eggerberg und Mund, im Jahr 1986 einen Vertrag mit der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) und Pro Natura Wallis abgeschlossen haben. Hinzu kommt, dass der grösste Teil des Tals seit 2001 zum UNESCO-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn gehört.

Hinter den Kulissen gibt es jedoch zahlreiche Konflikte zwischen den verschiedenen Interessen im Tal. Jean-David Gerber** erklärt dies folgendermassen: «Das UNESCO-Label ist rein symbolisch und bringt keine zusätzlichen Landschaftsschutzmassnahmen mit sich. Wichtig sind die Leute vor Ort: Gemeindepräsidenten, Kantons- und Gemeindevertreter, Schafbauern, Hüttenwarte. Der Vertrag von 1986 hat zur Gründung der Kommission Baltschiedertal geführt, in der die vier Gemeinden, die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), Pro Natura sowie je ein Vertreter der kantonalen Dienststelle für Wald und Landschaft und des Fonds Landschaft Schweiz vertreten sind. Da die Kommission – nach Meinung ihrer eigenen Mitglieder – keine wirklich effiziente Verwaltung des Tals ermöglichte, wurde im September 2003 ein interkommunaler Koordinator ernannt. Diese neue Struktur ist vergleichbar mit der regulativen Aufgabe der früheren Korporationen.»

In seiner Studie umschreibt Jean-David Gerber sieben ehemalige, zukünftige oder mögliche Konfliktkreise: die Nutzung der Wasserkraft, die Viehhaltung, das Fassen von Quellen, den Unterhalt der Bissen, die Umgestaltung von Landwirtschaftsgebäuden, den Klettersport und Helikopterflüge. Er beschreibt das Tal vor und nach der Veränderung des Regimes im Jahr 1986 und wartet mit einer beachtlichen Anzahl historischer Daten auf. Er kommt zum Schluss, dass der Fall Baltschiedertal im Vergleich mit anderen Gebieten des Wallis fast als Musterbeispiel dienen könnte: «Natürlich sind sich die Schafbauern, die Alpinisten oder die Naturschützer nicht immer einig. Aber in den meisten Fällen ist es der Kommission Baltschiedertal gelungen, die betroffenen Parteien an einen Tisch zu bringen und Lösungen im Sinn einer grösseren Nachhaltigkeit zu erarbeiten.»

Nach Meinung von Jean-David Gerber stellt der bevorstehende Generationenwechsel gegenwärtig die grösste Gefahr dar: «Eine partizipative Struktur funktioniert nur dank des guten Willens aller Beteiligten. Heute gehören die meisten der Initiatoren des Schutzvertrags von 1986 zur älteren Generation und die Jungen teilen mit ihnen nicht mehr unbedingt die gleiche Passion für das Tal.»

Doch wer einmal hier war – wenn auch nur während einiger Stunden –, wird den Ort nicht so schnell wieder vergessen: Der Wind, der von den beeindruckenden Gipfeln des Baltschiedertals weht, zeugt von Unabhängigkeit und Schönheit. Die Natur lässt sich hier nicht instrumentalisieren, und verglichen mit dieser Grösse fühlt sich der Mensch klein.

***Dr. Raimund Rodewald**, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), war Leiter und ****Jean-David Gerber** war Mitarbeiter im NFP 48-Projekt «Pflege der alpinen Kulturlandschaft und ökologische Reproduktionsmassnahmen zur Aufrechterhaltung des Lebens- und Nutzungsraumes mittels institutioneller Ressourcenregime auf der Basis von Gemeinwerken, Allmendregeln und anderer kollektiver Zusammenarbeitsformen». Gerber verfasste die «Fallstudie Baltschiedertal».

Kontakt: info@sl-fp.ch

Zum Forschungsprojekt ist im Verlag Rüegger erschienen: Raimund Rodewald, Peter Knoepfel (Hrsg.): Institutionelle Regime für nachhaltige Landschaftsentwicklung (ISBN-Nr. 3-7253-0813-6)

Stolpersteine
für Naturparkprojekte

Die Diskussion um neue National- und Naturpärke ist im Parlament hoch aktuell. Richtig in Schwung gekommen ist die Diskussion jedoch erst, als der Fokus neu ausgerichtet wurde – weg vom reinen Naturschutz hin zu neuen Chancen regionaler Entwicklung. Gleichzeitig hat ein Umdenken stattgefunden: Die Berggebiete sind weniger «Naturlandschaften» als vielmehr «Kulturlandschaften», die ihre besonderen landschaftlichen Qualitäten und ihre Biodiversität gerade der pfleglichen Bewirtschaftung verdanken.

Der dynamische Wandel im Sinn einer nachhaltigen Bewirtschaftung und ihrer Anreicherung mit zusätzlichen Dienstleistungen ist in gut erschlossenen, «naturferneren» Gebieten heute weiter gediehen als in abgelegenen, «naturnahen» Gebieten. Das Forschungsteam um Erwin Rüegg vom Institut für Politikwissenschaft (IPZ) der Universität Zürich hat sich mit der Frage beschäftigt, wie Alpenlandschaften zum Entwicklungsfaktor gemacht werden und welche Stolpersteine es bei der Realisierung zu beachten gibt. Nebst den nachfolgend porträtierten Projekten untersuchte das Forschungsteam auch den Parc Adula (GR), die UNESCO-Biosphäre Entlebuch (LU), den Parco nazionale del Locarnese e Vallemaggia (TI) sowie den Naturerlebnispark Schwägalp/Säntis (SG/AR).

Steinige Wege zu einem Nationalpark

Text *Pirmin Schilliger, Luzern*

Vor fünf Jahren lancierte Pro Natura die Idee eines zweiten Schweizer Nationalparks und brachte dabei die Urner Berge als möglichen Standort ins Spiel. Die lokalen Hauptakteure und die ansässige Bevölkerung mussten dies aus der Zeitung zur Kenntnis nehmen. «Das erzeugte bei den meisten einen Abwehrreflex, der kaum mehr gebrochen werden konnte», erklärt Erwin Rüegg vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Zudem kam der Vorschlag nicht von der richtigen Seite. «Die Pro Natura wird von der Mehrheit der Urner Bevölkerung nicht akzeptiert; sie ist das falsche Sprachrohr, wenn es um das Verwirklichen eines Grossprojektes geht», warnt Georges Eich, kantonaler Abteilungsleiter Natur- und Landschaftsschutz. Besonders sauer stiess vielen Ansässigen auf, dass die Umweltorganisation ohne genau-

«Jetzt kommen die Landvögte wieder von aussen, und das Traurige dabei ist, dass die Regierung ihnen noch hilft.»

ere Informationen und über ihre Köpfe hinweg bereits mit dem Vorprojektieren begonnen hatte.

«Irrgarten des Teufels»

Was Pro Natura bei der Lancierung der Idee sträflich versäumt hatte, versuchte in der Folge ein Projektausschuss wieder zu glätten. Geleitet wurde er vom inzwischen zurückgetretenen Regierungsrat Martin Furrer. Weiter gehörten ihm Vertreter aus den Gemeinden, den verschiedenen lokalen Interessengruppen und den Umweltorganisationen an. Im Auftrag der Urner Regierung liess der Ausschuss eine Machbarkeitsstudie erarbeiten, die zu einem grundsätzlich positiven Resultat kam. Ein Nationalpark Uri sei möglich, hiess es. Als der Regierungsrat die betroffenen Gemeinden Gurtnellen, Erstfeld und Silenen genauer informieren wollte, waren aus der Bevölkerung nur ablehnende Voten zu hören. «Jetzt kommen die Landvögte wieder von aussen, und das Traurige dabei ist, dass die Regierung ihnen noch hilft», so eine aufgebrachte Stimme in Gurtnellen. Die grosse Mehrheit lehnte den Nationalpark Uri als «einschränkendes Reservat» oder gar als «Irrgarten des Teufels» ab.

Rückblickend geht Eich mit dem damaligen Informationsprozess selbstkritisch ins Gericht. «Die Rahmenbedingungen des Bundes waren zu wenig klar, der Kriterienkatalog war zu rudimentär. Wir konnten folglich der Bevölkerung nicht genau erklären, was in einem Nationalpark noch erlaubt und was verboten wäre.» Immerhin lagen die wesentlichen Fakten vor: Im Gegensatz zur 250 km² grossen Umgebungszone wäre in der 310 km² umfassenden Kernzone nur noch eine bedingte Nutzung erlaubt: Verboten würden hier Jagd und Alpwirtschaft, erlaubt wären allenfalls noch Wandern, Skitouren und der Betrieb von Berghütten.

Ein Bündel von Zielkonflikten

Diese Einschränkungen schreckten verschiedene Interessengruppen auf: Jäger fürchteten um die Hochwildjagd, Bauern um den Verlust ihrer Alpweiden, Strahler und Kletterer um ihre Freizeitaktivitäten. Zielkonflikte gleich im Multipaket also in den Seitentälern links und rechts der Reuss. Dies führte dazu, dass etwa die Göscheneralp, weil hier zu viele Interessen aufeinander prallten, vorsorglich aus dem Projekt wieder ausgeklammert wurde. Besonders heftig war der Widerstand der Korporation Uri, der vier Fünftel der Kantonsfläche gehören und die etliche Sömmerungsbetriebe in Gefahr sah.

Das Fazit der Informationsveranstaltungen war für den Projektausschuss und die Urner Regierung ernüchternd: Die Bevölkerung wollte keinen Nationalpark, und schon gar nicht einen von oben verordneten. «Als im Februar 2004 der Bundesrat die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG), das die notwendigen rechtlichen Grundlagen für künftige Pärke hätte schaffen sollen, aus finanziellen Gründen verschob, war das faktisch auch der Todesstoss für das Nationalparkprojekt in Uri», schätzt Rüegg. Im Mai 2004 liess die Urner Regierung verlauten: Die Idee eines Nationalparks ist vom Tisch.

Ein zweiter Anlauf ohne Fehler

Doch Totgesagte leben bekanntlich oft länger. Heute, eineinhalb Jahre später, keimt bei den Initianten neue Hoffnung auf. Die Revision des NHG ist auf Druck des Parlaments weiter vorangetrieben worden. Die Rahmenbedingungen für neue Nationalparks und regionale Naturpärke könnten schon bald vorliegen. «Das Projekt eines Nationalparks Uri ist nicht gestorben, aber es ist sistiert», erklärt Eich die aktuelle Situation im offiziellen Wortlaut. Will heissen: Ein zweiter Anlauf ist nicht ausgeschlossen. «Diesmal müsste aber die Initiative aus den betroffenen Gemeinden kommen», stellt Eich klar. Ein Vorgehen, das auch Rüegg auf Grund seiner Untersuchungen nur unterschreiben kann. «Solche Projekte haben nur dann eine Chance, wenn das politische Konsensmanagement aus der Region selber kommt, mit regional verankerten und bekannten politischen Akteuren in der Hauptrolle.» Ein besonders kritischer Punkt ist dabei die Öffentlichkeitsarbeit, die beim ersten Anlauf, wie alle Beteiligten einräumen, sträflich unterschätzt worden ist.

Wichtig ist, dass die Bevölkerung in einem Park nicht bloss Einschränkungen, sondern auch wirtschaftliche Möglichkeiten sieht. Vielleicht wäre ein regionaler Naturpark jene «sanftere» Variante, mit der sich die Urner doch noch anfreunden könnten. Eich weist auf den entscheidenden Punkt in künftigen Diskussionen hin: «Jeder betroffene Grundeigentümer will genau wissen, welche persönlichen Konsequenzen ein Park für ihn allenfalls hat.»

Mit Verweis auf seine Studie gibt Rüegg zusätzlich zu bedenken: «Der Aufbau eines neuen Parks dauert prinzipiell viel länger, als ursprünglich angenommen wurde. Es ist mit einer Durststrecke von mindestens zehn Jahren zu rechnen.» Unbestritten bleibt, dass die Urner Seitentäler auf Grund ihrer Naturnähe für einen Nationalpark geradezu prädestiniert wären. Aber eben: Naturnähe ist nur ein, aber längst nicht das entscheidende Kriterium.

Projektleitung: **Dr. Erwin Rüegg**, Institut für Politikwissenschaften, Universität Zürich

Kontakt: e.rueegg@access.unizh.ch

«Die Bevölkerung wollte keinen Nationalpark, und schon gar nicht einen von oben verordneten.»

Ein Park für Mensch, Tier und die Natur

Text *Anna Hohler, Lausanne*

Der *Parc Jurassien vaudois* wurde 1973 geschaffen und ist heute Anwärter auf das neue Schweizer Label «Regionaler Naturpark». Daniel Béguin, Doktorand in Biologie und Animator im Naturpark, führt uns über Trockenwiesen und bestockte Weiden.

«Der *Parc Jurassien vaudois* steht heute an einem Wendepunkt», erklärt Daniel Béguin auf dem Marchairuz-Pass, am Ende unseres Besuchs. «Der Park ist in der Region verwurzelt und hat sich seit über 30 Jahren erfolgreich behauptet. Heute verfügen wir über die Voraussetzungen, um eine grössere Bekanntheit anzustreben, und möchten mit Partnern aus dem Tourismus und der lokalen Wirtschaft zusammenarbeiten und so ein nachhaltiges Projekt in der Region verwirklichen.»

Auf dem Rückweg unseres kleinen Marsches über den Nordost-Hang des Passes – ganz im Norden des Parks – begegnen wir Kühen, entdecken Narzissen und geniessen den Duft des Seidelbastes. «An gewissen Stellen zähle ich auf einem einzigen Quadratmeter mehr als 50 Pflanzenarten. Das ist aussergewöhnlich», erzählt unser Führer. Zu den Besonderheiten gehören jedoch auch die Trockensteinmauern oder das *Chalet des Amburnex*, das seit mehr als zwei Jahrhunderten im Besitz der Stadt Lausanne ist. Diese Alp ist eine der letzten der vierzig Alpen des Parks, auf denen noch immer «Gruyère» hergestellt wird.

Daniel Béguin ist Doktorand in Biologie und sein Forschungsthema – «Die Regenerationsbedingungen der Rottanne auf bestockten Weiden» – hat ihn zum Naturpark geführt. Mit seinem 50-Prozent-Pensum ist er zurzeit der einzige Angestellte im Park. Seit einem Jahr ist er als Animator angestellt und führt pro Saison ungefähr dreissig bis vierzig Schulklassen durch den Park. Zudem erledigt er ein Minimum an Kommunikationsarbeit, die ihm ebenfalls sehr wichtig ist. Gerne würde er sich vermehrt engagieren, am liebsten innerhalb eines Teams von Spezialisten aus unterschiedlichen Fachbereichen.

Während des Besuchs jongliert Béguin mit Wörtern, die im ersten Moment wenig mit der Vorstellung von einem Naturpark zu tun haben: «Werbung», «Nutzung», «Ökonomie». Seine Argumentation macht jedoch Sinn. «Man darf diesen Park nicht mit einem Reservat verwechseln», erklärt er. «Auch die Tätigkeit des Menschen gehört hier zum Landschaftsbild. Über die Jahrhunderte hat der Mensch diese Juralandschaft mitgestaltet, und es wäre falsch, diese Arbeit jetzt zu verbannen.» Ein Beispiel sind die bestockten Weiden, ein Mosaik aus Trockenwiesen und Bäumen, das ohne das Vieh schnell verschwinden würde. «Sehr schnell würde sich ein dichter Wald entwickeln», erklärt Daniel Béguin, «und die reichhaltigen und speziellen Böden gingen verloren.» Darum wurden im *Parc Jurassien vaudois* die Wald- und die Weidebewirtschaftung von Anfang an miteinbezogen. Der Park wird dereinst den Titel «Regionaler Naturpark» beantragen können, wie er im Rahmen der Teilrevision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vorgesehen ist.

In einem regionalen Naturpark wird in erster Linie «die Qualität von Natur und Landschaft erhalten und aufgewertet», aber, ebenso wichtig, wird «die nachhaltig betriebene Wirtschaft gestärkt und die Vermarktung ihrer Waren und Dienstleistungen gefördert». Oder, wie es Daniel Béguin ausdrückt: «Der *Parc Jurassien vaudois* dient einerseits dem Landschaftsschutz und trägt andererseits zur ökonomischen Entwicklung der Region bei.»

Konkret ginge es darum, den Park flächenmässig zu vergrössern, in einem Grundsatzpapier alle Beteiligten einzubinden und die Zusammenarbeit mit den Tourismusstellen und den Wirtschaftskreisen der Region zu verstärken. «Das Projekt müsste zusammen

mit den Gemeinden realisiert werden, da zum *Parc Jurassien vaudois* achtzehn Gemeinden und zwei Privatbesitzer gehören. Die Investitionen haben sich für die beteiligten Gemeinden bereits ausbezahlt, hauptsächlich dank der Subventionen, die sie für die Instandsetzung von Trockensteinmauern oder von bestehenden Gebäuden erhalten haben. Mit dem Schritt zu einem regionalen Naturpark würden mehr Mittel benötigt für die professionelle Leitung der unterschiedlichen Aufgaben», erklärt Daniel Béguin. Er selber schmiedet schon Pläne für die Zukunft. Ab 2006 möchte er Exkursionen zum Thema «Kochen mit Wildkräutern» anbieten oder Schneeschuhwanderungen im Winter.

Bei der Gründung des Parks Anfang der 70er-Jahre spielte ein Mann die Hauptrolle: Daniel Aubert, damals Präsident der *Ligue vaudoise pour la protection de la nature* (heute: Pro Natura), Professor an der Universität in Neuenburg und unermüdlicher Erforscher der Natur. Mit seiner Ausdauer und seiner Ausstrahlung gelang es ihm – in einer Zeit, als dies noch nicht selbstverständlich war –, die meisten der betroffenen Gemeinden für das Projekt zu gewinnen. Wer weiss, vielleicht teilt Daniel Béguin mit diesem Mann nicht nur den Vornamen. Mit seiner eigenen Beharrlichkeit, seiner Ausstrahlung und seiner Begeisterung scheint er ein würdiger Nachfolger des Gründers zu sein und gibt heute dem *Parc Jurassien vaudois* ein Gesicht.

«Der *Parc Jurassien vaudois* dient einerseits dem Landschaftsschutz und trägt andererseits zur ökonomischen Entwicklung der Region bei.»

Auf der Suche nach Handlungsspielraum bei der Landnutzung

Was die Bergbauern leisten, kann den Touristen nicht egal sein: Ob Grünflächen landwirtschaftlich genutzt werden oder nicht, beeinflusst das Landschaftsbild massgeblich. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Strukturwandels hat das Forschungsteam um Stephan Pfefferli* im Projekt SULAPS die subtilen Wechselwirkungen zwischen Landwirtschaft und Landschaft in zwei Regionen Mittelbündens untersucht und Instrumente entwickelt, mit denen sich die Auswirkungen von agrarpolitischen Szenarien auf die Landschaft visualisieren lassen.

Text *Stefan Christen, Presswerk, Luzern*

Zwei Regionen in Mittelbünden: Vier Gemeinden (Alvaneu, Brienz/Brinzauls, Schmitten, Surava) aus dem Kreis Belfort, drei Gemeinden (Cunter, Riom-Parsonz und Savognin) aus dem Kreis Surses. Alle sieben Gemeinden sind ländlich und landwirtschaftlich geprägt, liegen in der so genannten «Bergzone III», insbesondere in Savognin und Umgebung spielt auch der Tourismus eine wichtige Rolle. Eine ideale Untersuchungsregion für das Projekt SULAPS – auch weil im Kanton Graubünden gute Datengrundlagen für Geografische Informationssysteme (GIS) verfügbar sind. SULAPS steht für «Sustainable Landscape Production Systems» – nachhaltige Landschafts-Produktionssysteme. «Uns interessierte vor allem die Frage, wie die Landwirtschaft beziehungsweise die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft die Landschaft und die Landnutzung beeinflussen», erklärt SULAPS-Projektleiter Stephan Pfefferli.

Strukturen und Landschaften im Wandel

Die Tendenz ist seit Jahren unverkennbar: Der kontinuierliche Strukturwandel und der Reformdruck in der Landwirtschaft bilden sich in der Landschaft ab – gerade im Berggebiet: Betriebe werden aufgegeben, die Bewirtschaftung von Grünland nimmt ab, Verbuschung und Verwaldung sind die Folgen – mit entsprechenden Konsequenzen auch für die Biodiversität. Kommt hinzu, dass die neuere Agrarpolitik – an die Fläche gebundene Direktzahlungen mit Anforderung an die Ökologisierung – die extensive Bewirtschaftung gefördert hat. Die Frage ist: Was passiert mit der Land-

schaft in den nächsten 10 bis 15 Jahren, wenn sich dieser Trend fortsetzt? Oder anders gefragt: Welcher Handlungsspielraum bleibt den landwirtschaftlichen Akteuren, um eine Landschaft zu erhalten und zu gestalten, die im Einklang steht mit den Wünschen der Bevölkerung und des (touristischen) Gewerbes?

Fast alle Bauernbetriebe erfasst

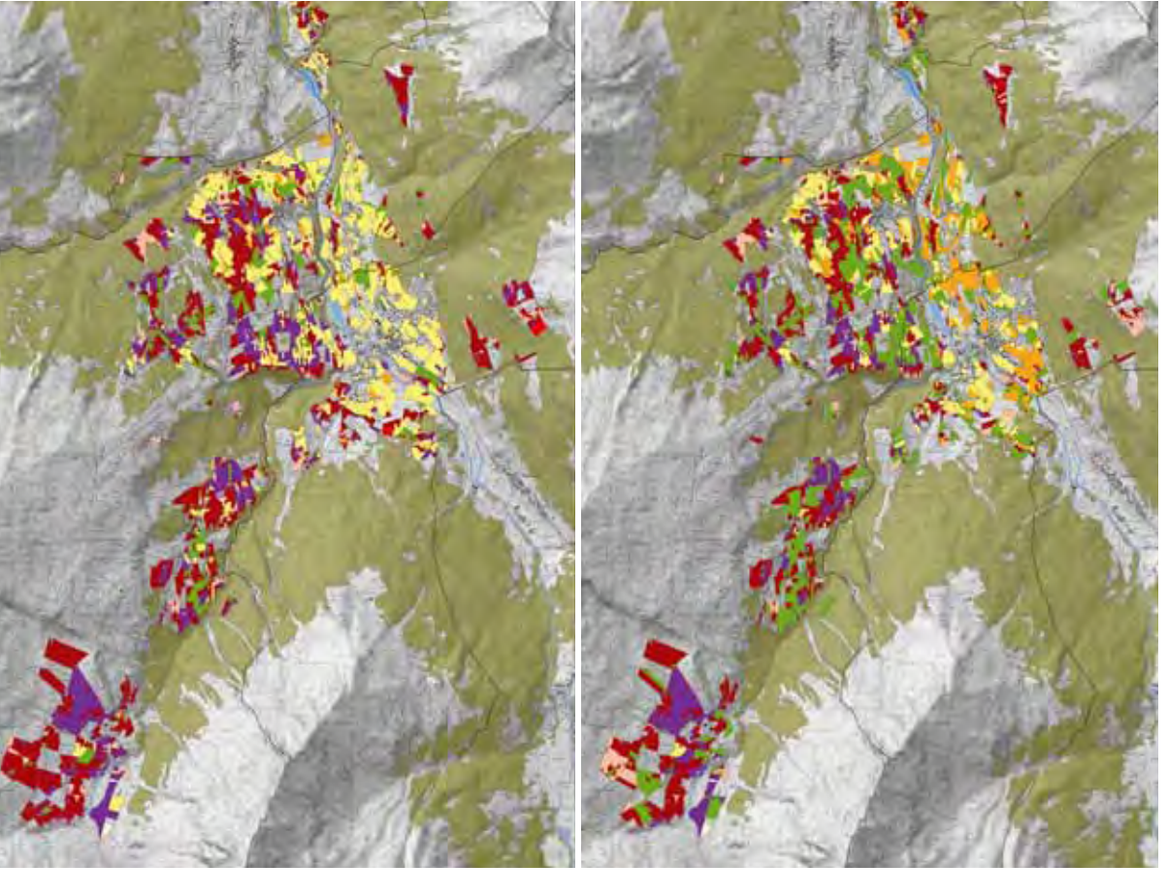
Nun sind Vorhersagen künftiger Zustände bekanntlich Glückssache. Doch das SULAPS-Team warf bei seiner Untersuchung nicht einfach einen orakelhaften Blick in die Glaskugel. Vielmehr ging es ganz methodisch vor. Die Basis bildeten Befragungen von Betrieben in der Untersuchungsregion: Dort gibt es in den sieben Gemeinden heute insgesamt 70 Landwirtschaftsbetriebe. 63 von ihnen liessen sich für das Projekt zur bestehenden Infrastruktur, Tierhaltung und zur Landnutzung befragen; auch nichtökonomische Ziele und Wünsche der Bauern wurden in diesen Gesprächen erhoben. Ergänzt mit weiteren Daten flossen all diese Informationen in das Kernelement von SULAPS ein: ein neuartiges quantitatives Agrarstrukturmodell. «Damit ist es möglich, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe zu berücksichtigen», erklärt Stefan Lauber**. «Das Prognosemodell lässt den Austausch von Pachtland unter den Betrieben zu, sodass diese je nach Situation wachsen oder in den Nebenerwerb ausweichen können.»

Die Landwirtschaft der Zukunft steckten die Entwickler des Agrarstrukturmodells anhand von verschiedenen Rahmenbedingungen ab. Dazu entwarfen sie sechs Szenarien, die mögliche Entwicklungen von Produktpreisen, Faktorkosten, Direktzahlungen, Nebenverdienstmöglichkeiten und andere Grössen berücksichtigten. Dabei wurden bewusst auch «extreme» Szenarien formuliert: Die Bandbreite reicht von einer vollständigen Liberalisierung der Agrarmärkte mit Preisen und Kosten auf EU-Niveau über eine Fortschreibung der heutigen Situation und den sich abzeichnenden Trend (mit der vom Bund definierten Agrarpolitik 2007 beziehungsweise 2011) bis zu Zwischenlösungen, die punkto Liberalisierung gewisse Grenzen setzen oder in denen etwa ökologische Kriterien für die Ausrichtung von Direktzahlungen stärker gewichtet wurden.

Die Ergebnisse des Agrarstrukturmodells überraschen nicht unbedingt. Klar ist: «Extreme Szenarien wirken sich aus», so Stephan Pfefferli. Die vollständige Liberalisierung vorausgesetzt, nimmt in beiden Untersuchungsregionen Belfort und Surses der Anteil von einwachsenden Flächen am stärksten zu, jener von intensiv genutzten Wiesen dagegen am deutlichsten ab. Zwischen einem Fünftel und einem Viertel der heutigen Landwirtschaftsfläche würde dabei zuwachsen. Beim wahrscheinlichsten Szenario geht die landwirtschaftliche Nutzung ebenfalls zurück, prozentual fällt die Zunahme einwachsender Flächen aber viel weniger massiv aus. Markant ist etwa, wie sich die Landnutzung von Betrieben unterschiedlicher Grösse verändert, würde das Extremszenario «Liberalisierung» eintreten. Stefan Lauber: «Beispielsweise geben 8 der ursprünglich 21 Betriebe mit einer Nutzfläche von unter 10 Hektaren die Bewirtschaftung komplett auf. Die übrigen 13 Betriebe unter 10 Hektaren verbleiben in dieser Grössenklasse.» Ähnlich verliefe der Schwund von Betrieben mit einer Landnutzung von 10 bis 20 Hektaren: Sind es in der Ausgangslage 17 Betriebe, geben beim Szenario «Liberalisierung» 5 Betriebe auf, 5 weitere Betriebe verkleinern die Betriebsgrösse und weichen in den Nebenerwerb aus.

Nicht überraschend nimmt in allen Szenarien die Zahl der Arbeitskräfte ab. Auch die landwirtschaftlichen Einkommen werden demgemäss sinken, besonders massiv bei einer Liberalisierung. Schliesslich weist das Niveau der Direktzahlungen und der Produktionsleistungen in allen Szenarien abwärts – ausgenommen bei jenem der gestützten Liberalisierung, die explizit davon ausgeht, dass sich die Direktzahlungen künftig im bisherigen Rahmen bewegen.

> «Uns interessierte vor allem die Frage, wie die Landwirtschaft beziehungsweise die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft die Landschaft und die Landnutzung beeinflussen.»



- Fruchtfolge
- Wiese intensiv und Kunstwiese
- Wiese wenig, mit Ökobeitrag
- Wiese wenig, ohne Ökobeitrag
- Wiese extensiv, mit Ökobeitrag
- Wiese extensiv, ohne Ökobeitrag
- Weide
- Einwachsende Fläche und Naturverjüngungswald

Reproduziert mit Bewilligung von swisstopo (BA057307)

Landnutzung in der Region Surses heute (links: modellierte Ausgangslage) und im Szenario «Landschaft & Ökologie» (rechts: Szenario VI*)

*** Szenario VI, «Landschaft, Ökologie und Schutz vor Naturgefahren [Liberalisierung]»**

Preise, Kosten und Löhne sinken auf EU-Niveau. Direktzahlungen werden deutlich reduziert und umfassen nur noch ökologisch beitragswürdige Zahlungen. Die Bewirtschaftungsart der ökologisch wertvollen Flächen und von Gefahrenzonen wird vorgeschrieben (Nutzungsvorgabe) und mit finanziellen Beiträgen abgegolten.

Modellierter Blick in die Zukunft

Aussergewöhnlich am Projekt SULAPS ist, dass sich diese Ergebnisse mit Hilfe des Geografischen Informationssystems (GIS) räumlich detailliert darstellen lassen. Diese Karten zeigen präzis auf, wie und wo sich die Landschaft in Mittelbünden wandelt, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft verändern. SULAPS liefert gewissermassen einen modellierten Blick in die Zukunft und leistet damit einen substanziellen Grundlagenbeitrag zur Diskussion um die Frage, wie sich die Berglandwirtschaft in Zukunft entwickeln soll. Die Resultate der Studie können damit allen involvierten Akteuren als Entscheidungshilfe dienen. Agrarpolitikern wird deutlich sichtbar gemacht, wie sich ihre Entscheide in der Landschaft auswirken: in welchen Gebieten die Landnutzung nicht mehr sichergestellt ist; welche Betriebe die Landwirtschaft ganz oder teilweise aufgeben werden; wie sich bestimmte Nutzungsvorgaben auswirken. «Für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik macht SULAPS wichtige Aussagen», ist Stephan Pfefferli daher überzeugt. Von den Forschungsergebnissen kann aber auch die Landwirtschaft selber profitieren: Die Bauern erhalten mit SULAPS Informationen, die ihnen helfen, ihre Zukunft besser zu planen, ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Etwa bei der Frage, welche Betriebszweige je nach Rahmenbedingung am ehesten konkurrenzfähig sein werden – auch noch in 10 oder 15 Jahren.

> «Die Karten zeigen präzis auf, wie und wo sich die Landschaft in Mittelbünden verändert, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft verändern.»

*** Dr. Stephan Pfefferli** ist Projektleiter von SULAPS und leitet den Bereich Agrarökonomie bei Agroscope FAT Tänikon, der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik in Ettenhausen. SULAPS entstand in Zusammenarbeit der FAT mit dem privaten Forschungs- und Beratungsunternehmen INFRAS sowie weiteren Partnern wie Agroscope FAL Reckenholz.

** **Stefan Lauber** ist Doktorand bei Agroscope FAT Tänikon und Projektmitarbeiter bei SULAPS.

Kontakt: stephan.pfefferli@fat.admin.ch

2050: Landschaft Davos ohne Landwirtschaft?

Was passiert in der Landschaft Davos, wenn sämtliche Subventionen der Landwirtschaft gestrichen werden und der Markt vollständig liberalisiert wird? Diese und weitere Fragen will das Forschungsteam um Peter Bebi* vom Eidgenössischen Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) mit dem Projekt ALPSCAPE beantworten. Kernelement ist ein computerbasiertes Modell, mit dem verschiedene Zukunftsszenarien einer alpinen Region modelliert, simuliert und bewertet werden können.

Sind Konsumenten und Konsumentinnen nicht gleichzeitig gewillt, für qualitativ hochwertige Produkte, etwa Bio-Käse oder Trockenfleisch, massiv höhere Preise zu bezahlen, ist die Eingangsfrage schnell beantwortet: Die Bauern werden in diesem alpinen Hochtal ihre Betriebe stilllegen. Die Landschaft wird sich stark verändern. Aus Wiesen und Alpweiden werden wieder Wälder. Die Natur wird sich innerhalb weniger Jahrzehnte zurückerobern, was ihr die Walser bei der Besiedlung des Hochtales vor Jahrhunderten einmal abgerungen haben.

Nur wenige Vollerwerbsbauern

Überlebenschancen haben die Bauern nur dann, wenn die Konsumenten bereit sind, für lokale Erzeugnisse etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Doch auch so würde die Zahl der Betriebe von heute 88 auf rund 20 schrumpfen. Nur ein paar wenige Vollerwerbsbauern würden noch Milchwirtschaft betreiben und ihre Produkte gleich selber vermarkten. Rund ein Dutzend Nebenerwerbsbauern würden mit Mutterkuhhaltung ihr Land extensiv bewirtschaften. Die Produktion von Fleisch würde um 90%, diejenige von Milch um 80% reduziert. Von den rund 9500 Hektaren, die heute landwirtschaftlich genutzt werden, würden in Zukunft bloss noch 1700 Hektaren benötigt. Auf 6800 Hektaren würde allmählich Wald aufkommen.

Dieses detaillierte Zukunftsszenario ist kein Fantasiegebilde. Vielmehr entspringt es dem im Projekt ALPSCAPE entwickelten Computermodell. «Gerade die alpine Landschaft ist sehr empfindlich und leicht verwundbar», gibt Projektleiter Peter Bebi zu bedenken. «Die Wechselbeziehungen sind derart komplex, dass sich schwer vorhersagen lässt, welche Konsequenzen dieser oder jener Entscheid allenfalls haben könnte.»

Eine Kombination von Submodellen

Gerade diese Wechselbeziehungen sollen mit ALPSCAPE aber rechnerisch erfasst und modelliert werden. Dies soll schliesslich

in die Entwicklung eines Lernprogramms münden, mit welchem die Folgen von Entscheiden simuliert werden können. Eine komplexe Aufgabe also. Das Forschungsteam hat dazu die verschiedenen Prozesse, die in der Landschaft Davos ablaufen, in verschiedenen Modellen abgebildet, die schliesslich miteinander kombiniert werden. Als Grundlage galt es die relevanten Material- und Finanzflüsse zwischen Davos und seinem Hinterland – also beispielsweise die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Produktion, den Güterkonsum usw. – unter anderem mit einer Stoffflussanalyse zu erfassen. Zudem wurden bereits vorhandene biophysikalische und sozioökonomische Daten zur Landschaftsentwicklung – also Angaben zur Waldfläche und -entwicklung, zur Siedlungs- und Landwirtschaftsfläche usw. – in den Computer eingespeist.

«Die Wechselbeziehungen sind derart komplex, dass sich schwer vorhersagen lässt, welche Konsequenzen dieser oder jener Entscheid allenfalls haben könnte.»

Bereits in einer frühen Phase des Projekts hatten Bebi und sein Team die Bevölkerung von Davos kontaktiert. Deren Wissen um die Wirkungszusammenhänge vor Ort wurde in verschiedenen Workshops gesammelt und gewichtet. «Diese Workshops gaben einen guten Überblick, welche Themen die Leute vor Ort besonders beschäftigen», erklärt die Geografin Corina Lardelli**. Nicht leicht war es dann, das lokale Wissen zu quantifizieren und ins elektronische Modell zu integrieren. Die eigentliche wissenschaftliche Herausforderung bestand vor allem darin, die verschiedenen Submodelle aus so unterschiedlichen Disziplinen wie Geografie, Ökonomie und Soziologie logisch zu verknüpfen.

Was entscheidet über die Zukunft von Davos?

Wie soll sich Davos nachhaltig entwickeln? Welche politischen und wirtschaftlichen Entscheide sind dafür notwendig? Und wie verändern sie die Landschaft und die Nutzung des Bodens? Die Forscher spielten diese Fragen anhand von drei Entwicklungsszenarien durch:

- Verminderung/Streichung der öffentlichen Beiträge an die Landwirtschaft (wie eingangs skizziert)
- Klimaerwärmung um 2,5 °C mit entsprechendem Nachfragerückgang im Wintertourismus
- Sportliche Grossveranstaltung (z.B. Olympische Winterspiele) in der Landschaft Davos mit touristischem Ausbau

Beim Durchspielen derartiger Szenarien ergeben sich keine pfannenfertigen Rezepte, welche eine künftige Entwicklung hundertprozentig abdecken. Vielmehr sind es wiederum Zahlen und Bilder als Indikatoren, die es zu interpretieren gilt.

Noch liegen die abschliessenden Ergebnisse von ALPSCAPE nicht vor. Doch zeigt sich schon jetzt: Die drastischsten Landschaftsveränderungen ergäben sich durch eine Streichung der Subventionen in der Landwirtschaft. Klimaveränderung und sportliche Grossveranstaltung hätten enormen Einfluss auf die Ökonomie und den Stoffhaushalt, aber nur einen geringen auf die Landnutzung und Siedlungsfläche. Bei einer Klimaerwärmung droht Davos – je nach Annahmen – bis zu 600 000 Winterlogiernächte zu verlieren. Umgekehrt würde das Grossereignis «Olympiade» in einem einzigen Monat rund 1,4 Mio. Logiernächte generieren, mehr Übernachtungen als eine gesamte Wintersaison. Dies hätte natürlich positive Effekte auf die Beschäftigung und das Volkseinkommen, vor allem vor den Spielen (Bauwirtschaft) und im Olympiajahr. Die nachhaltigen Effekte würden hingegen geringer sein.

Wirtschaftlich wäre eine Stilllegung der Landwirtschaft – ausser für die betroffenen Bauern – für die Region kein Drama: Schon heute trägt die Landwirtschaft zum wirtschaftlichen Gesamtaufkommen von 1146 Mio. Franken lediglich noch marginale 10,7 Mio. Franken bei oder weniger als 1 Prozent.

Ein Tool auch für andere Regionen

Natürlich schwingen bei den verschiedenen Szenarien Unsicherheitsfaktoren mit: die eingangs erwähnte Preisempfindlichkeit der Konsumenten und Konsumentinnen etwa oder die Frage, ob Davos mit seinen verhältnismässig hoch gelegenen Skigebieten von der Klimaerwärmung gar profitieren könnte.

Eine der grössten Herausforderungen im ganzen Prozess wird es sein, dem Leitbild von Davos entsprechende objektive Kriterien

der Nachhaltigkeit zu finden und möglichst exakte Prognosen zu entwickeln, wie gut verschiedene Entwicklungsoptionen diese Kriterien erfüllen können.

ALPSCAPE soll schliesslich Entscheidungsträgern als Planungsgrundlage dienen, die Wirkungszusammenhänge der Region in einer Datenbank aufzeigen und die im Computer gespeicherten Informationen in verschiedene Anwendungen umsetzen. Fernziel ist ein computerbasiertes Instrument, das auch in anderen alpinen Regionen zum Einsatz kommen kann. Ein Interesse an einem derartigen Werkzeug haben andere Gebiete bereits angemeldet.

*** Dr. Peter Bebi** ist Umweltnaturwissenschaftler und Leiter des Projekts ALPSCAPE.

**** Corina Lardelli** ist Projektmitarbeiterin.

Nebst dem Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung arbeiteten an diesem Projekt auch das Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL) der ETH Zürich, das Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT) der Hochschule St. Gallen sowie Vertreter des Kantons Graubünden und der Landschaft Davos mit.

Kontakt: bebi@slf.ch

«Die wissenschaftliche Herausforderung bestand vor allem darin, die Submodelle aus so unterschiedlichen Disziplinen wie Geografie, Ökonomie und Soziologie logisch zu verknüpfen.»

Auf dem (Verhandlungs-) Weg zur besseren Landschaft

Bei Streitigkeiten um fragile alpine Landschaften entscheiden am Schluss häufig die Gerichte. Wer aber den Verhandlungsweg beschreitet, legt das Gewinner- und Verlierer-Denken ab und sucht nach der besten Lösung für alle – korrigiert hier etwa die zu breite Pistenlinie und reicht dort die Hand zur Renaturierung eines Baches.

Mit Elke Staehelin-Witt sprach Pia Seiler, Luzern*

Ein Projekt im alpinen Raum – eine neue Seilbahn oder ein Wasserkraftausbau etwa – führt oft zu jahrelangen, zermürbenden gerichtlichen Auseinandersetzungen. Warum ist es so schwierig, sich über Landschaftsfragen zu einigen?
Das Grundproblem ist: Landschaften sind öffentliche Güter. Sie gehören allen. Und wenn etwas allen gehört, gibt es oft sehr divergierende Wertvorstellungen und Nutzungsansprüche.

Und unzählige Planungs-, Bau-, Natur- und Heimatschutzrechte dazu, auf die sich Richter bei Streitigkeiten abstützen können. Genügen diese Regelungen nicht?
Die Gesetze stecken oft nur den Rahmen ab. Es gibt Widersprüche und auch Zielkonflikte, die eine Interessenabwägung nötig machen. Gesetze können nun mal nicht alles regeln – und sie sollen das auch gar nicht. Zudem ist nicht alles, was im politischen Prozess bestimmt wird, auch von allen akzeptiert. Daher haben wir Vollzugsdefizite, gerade im Alpenraum. Das zeigt sich beispielsweise bei der Umnutzung von Ställen im Wallis. Oder bei Skiliften, die man erweitert ohne beziehungsweise erst mit einer nachträglichen Genehmigung.

Den Spielraum wollen Sie mit Verhandlungen ausfüllen …
Meines Erachtens ist das der intelligentere Ansatz, als jahrelang vor Gericht zu streiten.

Führen Verhandlungen zu besseren Lösungen?
Der Vorteil ist, dass die Parteien selber Lösungen suchen, die in beiderseitigem Interesse sind. Das gelingt vor allem dann, wenn die Parteien es schaffen, die Interessen hinter ihren Positionen sichtbar zu machen, und auf dieser Basis akzeptierbare Lösungen entwickeln, auf die ein Gericht nicht gekommen wäre. Gerichte bestimmen Gewinner und Verlierer.

Win-win-Lösungen aber – wie sie in Verhandlungen angestrebt werden – sind bei Gerichtsentscheiden selten.

Im Konflikt um fragile Landschaften nehmen Umweltorganisationen Partei für die Natur. Sind sie die richtigen Akteure?
Wenn sie die fachliche Qualifikation haben, sind sie durchaus valable Akteure. Wer es letztlich ist, ist nicht entscheidend. Es geht vielmehr darum, dass die Akteure ein klares Mandat erhalten.

Wann ist dieses Mandat erteilt – wenn man den Mitgliederbeitrag einzahlt?
Das ist zu wenig für ein klares Mandat. In der Regel aber üben Mitglieder keinen Einfluss auf die politischen Aktivitäten der Organisation aus. So bleibt es dabei: Mitglieder zahlen den Beitrag und sind einverstanden mit den Zielen der Organisation – oder aber sind es nicht und geben den Austritt, wie dies beispielsweise der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) erleben musste, nachdem viele Mitglieder mit der VCS-Verbandsbeschwerde gegen ein neues Fussballstadion in Zürich nicht einverstanden waren.

Einzelne Politiker fordern, das Verbandsbeschwerderecht abzuschaffen. Was halten Sie davon?
Das finde ich falsch. Man kann aber durchaus über die Ausgestaltung des Verbandsbeschwerderechts diskutieren.

Die Verbandsbeschwerde ist heute häufig Einfallstor für Verhandlungen. Ist es sinnvoll, den Weg zu Verhandlungen gleich mit einer Beschwerde zu beginnen?
Idealer wäre, wenn die Beteiligten von sich aus den Dialog suchen würden – und nicht, weil eine Verbandsbeschwerde vorliegt oder eine droht.

Gehen wir von einem idealen Verhandlungsweg aus. Wie wird er zum Königsweg?
Es ist hilfreich, wenn sich die Parteien vorher einen zeitlichen Rahmen und ein klares Ziel setzen. Sonst besteht die Gefahr, dass Verhandlungen ausufern oder aber zur Alibiübung werden, weil man hinterher doch noch vor Gericht geht. Wenn man den Weg von Verhandlungen wählt, sollten die Parteien die Verhandlungen ausschöpfen und nicht noch den Gerichtsweg anhängen. Und für den Fall, dass man keinen Konsens findet, empfehle ich, vorher einen Schiedsrichter zu bestimmen.

Wer könnte das sein?
Ein Amt, eine Umweltbehörde – je nach Situation auch weitere Personen. Jeder Umweltkonflikt ist anders gelagert und meist sehr komplex. Klar ist, dass der Entscheid im Einklang mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfolgen muss.

Was bringt es, wenn man Verhandlungen im Konfliktfall vorschreibt?
Eine von oben verordnete Verhandlung ist wenig effizient und würde den meist schon langwierigen Prozess oft nur verlängern. Wenn man nach Win-win-Lösungen sucht, ist die Freiwilligkeit zentral – der Wille zu Verhandlungen, der Wille auch, die gefundene Lösung umzusetzen.

In privaten Verhandlungen geht es meist um Geld, um Geben und Nehmen. Was haben die Parteien bei Umweltkonflikten in die Waagschale zu legen?
Umweltverbände können in der Tat keine Kompensationszahlungen leisten, wenn die Bauherrschaft auf eine Anzahl Parkplätze für ein Shoppingcenter verzichtet. Sie können nur Zeiteinsparungen für die Bauherrschaft anbieten. Das ist dann ein Problem, wenn Umweltverbände grundsätzlich gegen ein Projekt sind. Ansonsten gilt: «Time is money» – beim Bauen ganz besonders.

«Wenn man nach Win-win-Lösungen sucht, ist die Freiwilligkeit zentral – der Wille zu Verhandlungen, der Wille auch, die gefundene Lösung umzusetzen.»

Im Alpenraum geht es oft um Tourismusprojekte. Wie könnte da eine Verhandlungslösung aussehen?
Häufig stehen die Interessen der lokalen Bevölkerung, die wirtschaftlich überleben will, den Interessen der Allgemeinheit gegenüber, die eine möglichst intakte Landschaft möchte. Betrachtet man diese Interessen genauer, kann man sie vielleicht doch unter den berühmten «einen Hut» bringen. So stimmt man zu, den Sessellift zu erweitern, aber nicht in der ursprünglichen Linienführung. Dafür wird ein Bach renaturiert oder eine Biotop-Landschaft geschützt.

Verhandlung und Mediation sind in Mode gekommen. Sind diese Methoden so anders als die in der Schweiz bewährte Vernehmlassung?
Bei der Vernehmlassung sucht man den kleinsten gemeinsamen Nenner. Verhandeln heisst

aber: sich mit den Ansprüchen der anderen Seite auseinander setzen und neue Lösungen suchen, die unter Umständen für alle befriedigender sind als der kleinste gemeinsame Nenner.

Gibt es Beispiele von guten Verhandlungslösungen bei Umweltkonflikten?
Da es sich um eine relativ neue Entwicklung handelt, gibt es noch kaum Beispiele. Am ehesten ist die Ski-WM 2003 in Sankt Moritz zu nennen. Es fanden zwar keine eigentlichen Verhandlungen statt, aber man hat in der Projektorganisation verschiedene Interessengruppen vereint. So hat man sich etwa auf Linienführungen von Abfahrtspisten einigen können. Die Eckpfeiler waren gesetzt, die Zeit war begrenzt, die WM nicht verschiebbar, und es ist gelungen, Lösungen fürs Engadin zu finden, die die meisten akzeptieren konnten.

Sie sind Mitautorin eines Buches über Verhandlungen und absolvieren eine Mediationsausbildung. Was motiviert Sie, sich so intensiv damit zu befassen?
Mich faszinieren Prozesse, bei denen Menschen miteinander Lösungen finden. Als externe Beraterin erarbeite ich meist Lösungsansätze, bei denen die Sicht von aussen eingebracht wird. Bei Verhandlung und Mediation geht es hingegen um das Möglichmachen von Lösungen von innen. Das finde ich spannend.

* Die Ökonomin **Dr. Elke Staehelin-Witt** hat gemeinsam mit dem Verhandlungspsychologen Raymond Saner und der Umweltjuristin Beatrice Wagner Pfeifer das Projekt «Verhandlungen zur Lösung von Umweltkonflikten im alpinen Raum» durchgeführt. Sie ist Mitautorin des Buches «Verhandlungen bei Umweltkonflikten» (vdf-Verlag, ISBN-Nr. 3-7281-3016-8).

Wissenschaftliche Leitung: **Prof. Dr. Dr. h.c. René L. Frey**, em. Ordinarius für Nationalökonomie der Universität Basel

Kontakt: elke.staehelin@bss-basel.ch

«Die Zeit war begrenzt, die WM nicht verschiebbar, und es ist gelungen, Lösungen fürs Engadin zu finden, die die meisten akzeptieren konnten.»

Neue Macherinnen und Macher im Alpenraum

Gesetze, Subventionen, Kredite, Konzepte, Instrumente und Modelle – sie alle haben letztlich zum Ziel, den im Alpenraum lebenden Menschen ein Auskommen und eine Zukunft zu ermöglichen. Sie bleiben jedoch toter Buchstabe, wenn sie nicht durch engagierte Personen mit Kreativität zum Leben erweckt werden. Verschiedene Projekte des NFP 48 haben gezeigt, dass das Gelingen von Initiativen und Projekten, die Zukunft von Ortschaften und Tälern oft mit einzelnen Personen oder einer Gruppe verbunden ist. Diese zeichnen sich nicht nur durch Engagement und Kreativität aus, sie verfügen auch über besondere soziale Kompetenzen und vermögen – über bestehende gesellschaftliche und politische Blockaden hinweg – neue Allianzen zu schaffen. Damit schaffen sie erst die Grundlage für die Verwurzelung neuer Ideen und den Aufbruch in einer Talschaft oder Region. Leute von diesem Format sind im ganzen Alpengebiet an der Arbeit – bereits mit Erfolg oder sie kämpfen noch immer mit Hindernissen und Stolpersteinen. Exemplarisch sei drei von ihnen hier Platz eingeräumt; zwei von ihnen – Theo Schnider und Jürg Biner – waren in ein NFP-48-Projekt involviert. Das Projekt «Scarnuz» zeigt, wie ein Frauennetzwerk das Alpengebiet neu aufrollt. Die vorgestellten Macherinnen und Macher verfolgen sehr unterschiedliche Konzepte und Strategien. Ihre Arbeit belegt jedoch die Vielfalt von Zukunftschancen im Alpengebiet. Die Porträts geben Einblick in ihre Arbeitsweise, ihr Vorgehen und ihre Erfolge.

Theo Schnider: Entlebucher, Moderator, Bergführer

Text *Stefan Christen, Presswerk, Luzern*

Aus der Randregion wird eine Modellregion für Nachhaltigkeit: Seitdem sich das Entlebuch UNESCO-Biosphäre* nennen darf, herrscht in der zuvor serbelnden Talschaft im Kanton Luzern so etwas wie Aufbruchstimmung. Einer, der diesen Prozess massgeblich moderiert und steuert, ist der Direktor der Biosphäre Entlebuch, Theo Schnider.

Sein im Nacken gebundener Haarschopf ist im Entlebuch gewiss nicht das, was als ortsübliche Frisur gilt. Eine auffällige Figur, dieser Theo Schnider, und im Tal bekannt wie ein bunter Hund. Oder wie ein Indianer, so wie Anfang der Neunzigerjahre, als Schnider die hohen Herren im Luzerner Regierungsgebäude mit Kostüm und Federschmuck darauf aufmerksam machte, dass das Entlebuch kein hinterwäldlerisches Indianerreservat sei. Wenige Jahre zuvor – 1987 – stand Schnider auf der Seite jener grossen Mehrheit im Entlebuch, die sich gegen die Moorschutzinitiative – beziehungsweise gegen ein Vorgehen ohne Einbezug der Bevölkerung – heftig zur Wehr setzte. Ein vergeblicher Widerstand zwar: Der Moorschutz und damit der Schutz der wertvollen Entlebucher Naturräume wurden per Volksabstimmung festgeschrieben und umgesetzt. Wie aber war es möglich, dass sich nur 13 Jahre später – im Jahr 2000 – eine überwältigende Mehrheit der Entlebucherin-

nen und Entlebucher für den Aufbau eines Biosphärenreservates – später schlank zur «Biosphäre» umbenannt – aussprach?

«Kleine Schritte, grosse Diskussionen»

«Es braucht kleine Schritte und grosse Diskussionen», sagt Theo Schnider (48), der als Einheimischer, gelernter Touristiker und langjähriger Kurdirektor von Sörenberg schon immer viel vom Entlebuch, aber auch von Marketing und Kommunikation verstanden hat. Partizipation und Mitsprache – diese Grundsätze beherzigten die Initianten der jüngeren Entlebucher Entwicklung von Anfang an. Ihr inhaltlicher Ansatz: Der Moorschutz-Entscheid von 1987 muss nicht einfach nur ein «grünes» Entwicklungskonzept zur Folge haben, sondern kann eine «vorbildliche» Entwicklung mit einigem touristischem, wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem Potenzial in Gang setzen. Ein vermeintliches Handicap als Chance – dieser Prozess spiegelt sich nunmehr in der Biosphäre Entlebuch. Was freilich keine Selbstverständlichkeit ist: Innovativen Ideen begegnet man in dieser Region seit alters mit Skepsis oder gar Ablehnung. Von Anfang an aber setzten Hauptakteure wie Schnider auf den Einbezug der Bevölkerung: Nachhaltige Regionalentwicklung ist möglich durch Naturkapital – dieser Gedanke ist heute im Entlebuch in den Köpfen verankert, dank unterschiedlichsten Formen der Mitwirkung: Foren, Arbeitsgruppen, Gesprächsabenden, Workshops, Versammlungen. Die Leute konnten und können mitreden beim Projekt «Biosphäre», gemeinsam mit den regionalen Akteuren wurde gewissermassen ein «innovatives Milieu» aufgebaut, erklärt Schnider. Dieser stete Dialog machte aus Zweiflern Mitstreiter, teilweise gar Verbündete in Sachen Regionalentwicklung Entlebuch.

Macher im Spagat

Natürlich vollziehe sich ein solcher Prozess nicht ohne Kompromisse und Rückschläge, sagt Theo Schnider. «Am Freitag sagen sie Ja zum Projekt, und am Montag machen sie einen Rückzieher.» Auf der einen Seite hat das Label Biosphäre dem Entlebuch innert kurzer Zeit grosse, auch mediale Aufmerksamkeit und Wohlwollen eingetragen. Und auf der anderen Seite ist da die «äusserst schwerfällige» Kommunikation gegen innen und mit der Politik. «In diesem Spagat», so Schnider, «steht man als Macher.» Und: «Menschen hören eben nur das, was sie auch verstehen.» Seine Rolle bestehe darin, «mögliche Szenarien vorzudenken, neue Ideen zu vermitteln, zu überzeugen, zu evaluieren, zu vernetzen und Impulse zu geben, bis das Ganze Eigendynamik entwickelt». Theo Schnider – ein Vermittler zwischen unzähligen Ansprüchen, Interessen und Wünschen, zwischen Stadt und Land, zwischen Wirtschaft und Umwelt.

«Modern lernende Region»

Immerhin kann die Biosphäre gut drei Jahre nach der Zertifizierung Erfolge vorweisen: Das Entlebuch ist heute der grösste Anbieter naturkundlicher Exkursionen in der Schweiz und bedient mit Angeboten im Bereich der «geistigen Wellness» aktuelle gesellschaftliche Trends. Mit dem Label «Echt Entlebuch» ist eine Dachmarke für Regionalprodukte entstanden, die über die Gastronomie im Tal abgesetzt werden. Dazu ist das Management der Biosphäre eifrig bemüht, das Entlebuch – getreu den UNESCO-Richtlinien – als Modellregion zu positionieren. Schnider ist zuversichtlich, das für das Entlebucher Projekt spezifische «Kooperationsmodell» international vermarkten zu können. «Unsere Arbeit im Entlebuch soll reproduzierbar sein. Sie soll vorbildlich sein für andere Regionen.» Nachhaltige Entwicklung im Entlebuch – für Theo Schnider ist dies «ein permanenter, offener, gesellschaftlicher Lern- und Gestaltungsprozess». Das Entlebuch wolle daher als Modellregion für nachhaltiges Leben und Wirtschaften auch «eine modern lernende Region» sein.

«Die besten Bergführer»

Dass das Entlebuch das Label «Biosphäre» auch nach der Zertifizierung unbeirrt weiterentwickelt und dass es sich dabei um eines der ganz wenigen Projekte dieser Art handelt, bei dem die Bevölkerung wirklich involviert ist – darauf ist Theo Schnider

stolz. Klar ist für ihn aber auch: Damit innovative, nachhaltige und doch wachstumsorientierte Regionalentwicklung in einem Raum wie dem Entlebuch langfristig gelingt, sind vor allem auf der Macherseite «die Besten» gefragt – «wie die Besteigung eines schwierigen Massivs die besten Bergführer braucht». Solche Leaderfiguren liessen sich freilich nicht herbeizaubern. «Man kann sie bestenfalls anziehen oder unterstützen durch ein innovatives Klima in der Region.» Schliesslich komme auch der Regionalpolitik von Bund und Kantonen eine entscheidende Rolle zu. «Sie muss weniger einschränken und verzögern, sondern die Regionen zu mehr Eigenverantwortung ermutigen und auch die Macher besser unterstützen.»

* Die «Biosphäre Entlebuch» ist auch Forschungsobjekt des Projektes «Wie macht man Alpenlandschaften zum Entwicklungsfaktor»

Projektleitung: **Dr. Erwin Rüegg**, Institut für Politikwissenschaften, Universität Zürich

Kontakt: e.rueegg@access.unizh.ch

«Eine Region muss geführt werden wie ein Privatunternehmen»

Text *Anna Hohler, Lausanne*

«Entweder man beklagt sich, oder man versucht etwas zu bewegen. Ich habe mich für die zweite Option entschieden.» Jürg Biner, 40-jährig, ist kein Einzelgänger. Der Präsident von Zermatt Tourismus bringt gerne Leute zusammen, am liebsten solche mit Befugnissen, sei es in Entscheidungs- oder Finanzfragen.

«Im Jahr 2001 habe ich ein Meeting mit 60 Teilnehmern organisiert», erzählt er. «Es wurde über die Entwicklung von Zermatt diskutiert, und ich habe das Gespräch geleitet. Eigentlich wollten alle in etwa dasselbe, und es kam eine ganze Liste von Vorschlägen zusammen. Ich finde, solche Treffen sollten öfter stattfinden, obwohl sich viele Leute davor fürchten und nicht gerne in einer so grossen Runde diskutieren. Sie sagen, eine grosse Gruppe könne nicht mehr konstruktiv arbeiten. Das ist jedoch falsch.»

Jürg Biner, der letzten März als Freisinniger für den Walliser Grossrat kandidierte, hatte im Jahr 1994 als Skiakrobat an den Olympischen Spielen in Lillehammer teilgenommen. Nach einem Halblizenziat der Wirtschaftswissenschaft in Fribourg unterbrach er seine Hochschulkarriere, um das Hotel Biner von seinen Eltern zu übernehmen, wo er gegenwärtig Renovationsarbeiten leitet. Heute ist er Vater eines Kindes und lebt in Zermatt, seinem Geburtsort. Die Entwicklung dieses Kurortes ist für ihn ein zentrales Thema – «die nachhaltige Entwicklung», wie er präzisiert.

Ist der Begriff einer nachhaltigen touristischen Entwicklung nicht in sich schon widersprüchlich? Und sind beispielsweise ein ungebremstes Wachstum und ökologische Aspekte überhaupt vereinbar? Dass sich in Zermatt in den Spitzenzeiten die Bevölkerung vervierfacht, ist für Jürg Biner kein Problem: «So ist es nun mal. Natürlich können wir früher gemachte Fehler verbessern, aber vor

«Entweder man beklagt sich, oder man versucht etwas zu bewegen. Ich habe mich für die zweite Option entschieden.»

allem müssen wir gemeinsam nach vorne schauen. Ich werde Ihnen ein Beispiel erzählen. Ein holländischer Unternehmer erklärt den Einheimischen einer Karibikinsel sein Tourismusprojekt. Sie sind begeistert und möchten alles so schnell als möglich realisieren. Darauf erklärt er ihnen: ‹In kürzester Zeit werden so viele Arbeitskräfte nötig sein, dass wir die Leute von auswärts kommen lassen müssen. Und bald werdet ihr Einheimischen in der Minderzahl sein.› Das Argument überzeugt sie, und sie entscheiden sich für eine strategische, langsamere Entwicklung. Vor 50 Jahren hatten wir hier in Zermatt die gleiche Situation.»

Jürg Biner empfängt uns in einem Studio, das ihm als Büro dient. Gleich daneben ist eine Gruppe von Touristen im Regen auf Shoppingtour. Das Büro ist halb leer: Rauchglastisch, Notebook, Telefon. Was hat sich in den letzten Jahren in Zermatt verändert? Hat er seine Spuren hinterlassen? «Das kann ich nicht beurteilen. Einige sagen, dass sich dank mir alles verändert hat, andere werfen mir vor, dass sich nichts verändert. Wahr ist, dass eine neue Generation das Ruder übernommen hat – Leute in meinem Alter – und dass sich die Älteren zurückgezogen haben. Seither wird der Kommunikation mehr Bedeutung zugemessen. So war es möglich, die Fusion der Bergbahnen oder die Schaffung eines neuen, gemeinsamen Logos zu realisieren.»

Vielleicht wurde diese Entwicklung dank des NFP 48 auch etwas beschleunigt. Die Studie über die «Nachhaltige Tourismusentwicklung in den Regionen der Alpen: Monitoringsystem und Managementmodell»* hat Jürg Biner von Anfang an überzeugt, da sie die verschiedensten Indikatoren berücksichtigt: Übernachtungen, Bevölkerungswachstum, Zufriedenheit der Gäste usw. «Eigentlich wird eine Region gleich wie eine Privatfirma geführt, nur dass kein CEO vorhanden ist. Alle Beteiligten müssen immer wieder zusammenkommen, in grossen Versammlungen oder in kleinen Ausschüssen.» In diesem Zusammenhang verwendet die Studie den Begriff der «neuen Elite». «Ich habe mich gefragt, was das genau heisst», erklärt Biner mit einem Lächeln. «Ob ich mich vielleicht sofort ersetzen lassen muss, nachdem ich jetzt schon seit fünf Jahren den Tourismussektor leite. Ich wurde jedoch beruhigt: Zur neuen Elite gehören diejenigen, die zu handeln wagen und die ihre eigenen Überzeugungen äussern, nicht nur die ihrer Interessengruppe oder ihres Arbeitgebers. In dieser Beschreibung finde ich mich selber wieder.»

*Projektleitung: **Prof. Dr. Thomas Bieger**, Institut für öffentliche Dienstleistungen, Universität St. Gallen; **Dr. Heinz Rütter**, rütter+partner, Rüschlikon

Kontakt: thomas.bieger@unisg.ch; heinz@ruetter.ch

Die Wundertüten der Bündner Bäuerinnen

Text *Stefan Christen, Presswerk, Luzern*

Im Bündner Oberland ticken die Uhren anders, sagen selbst die Einheimischen. Zum Beispiel ist ein Papiersack nicht einfach ein Papiersack, sondern ein «Scarnuz», eine Art Wundertüte, in die kulinarische Bündner Spezialitäten eingepackt werden. Bündner Bäuerinnen machten vor über zehn Jahren aus dieser sympathischen Geschenkidee ein valables geschäftliches Netzwerk. Unter dem Namen «Scarnuz Grischun» vermarkten sie gemeinsam selbst gemachte Köstlichkeiten aus ihrer Region – ein Projekt, das auch ausserhalb Graubündens Nachahmer gefunden hat.

1992/93 wars, als dieses «Erfolgskonzept der bäuerlichen Selbsthilfe» («Neue Zürcher Zeitung») vermeintlich beiläufig entstand – am landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof in Landquart. Ein Kurs war mit «Geschenke aus dem Bauernhaus» betitelt. Da lernt man, Geschenke schön zu verpacken – das dachte sich wohl nicht nur Irma Caveng, eine der teilnehmenden Bäuerinnen. Doch dann brachte die Landwirtschaftsberaterin Elisabeth Moser die Bäuerinnen dazu, eine alte Tradition weiterzudenken: die Tradition des Hausgemachten, der Hausrezepte für Tee, Birnbrot, Würste, Teigwaren, Sirup, Konfitüre, Käse, Wein bis hin zu Nusstorten, Rahmzückerli und Totenbeinli – all die feinen Bündner Spezialitäten, welche die Einheimischen ihren Bekannten und Verwandten schenkten. Diese Produkte könnte man doch auch verkaufen, schlug der Landwirtschaftliche Beratungsdienst vor, und zwar direkt verkaufen, gemeinsam und ohne Zwischenhandel. Eine häuslich-bäuerliche Kultur als Grundlage für eine wirtschaftliche Unternehmung – das konnte sich manche Bäuerin zunächst nicht vorstellen, doch dann fiel die Idee auf fruchtbaren Boden; notabene in einer Zeit, als sich am Rande der damaligen Plan-Landwirtschaft erste marktwirtschaftliche Blüten zu regen begannen.

Fünf Produktionsgruppen

Die Vereinigung «Scarnuz Grischun» wurde ins Leben gerufen, mit dem Ziel also, kulinarische Spezialitäten aus dem Bündner Berggebiet als Pakete ins Unterland zu verschicken; den originellen Namen hatten die beteiligten Frauen vorgeschlagen, basierend auf dem Bündner Wort für einen Papiersack. Als Markenname schlug «Scarnuz Grischun» voll ein, auch die Medien berichteten zu gerne über die initiativen Bündner Bäuerinnen. Die Kerngruppe bildeten dreizehn Bäuerinnen aus der Region Surselva; in den späteren Jahren sind vier weitere Produktionsgruppen in den Regionen Albula/Surses, Viamala, Prättigau und zuletzt Davos hinzugekommen. Heute sind rund dreissig Bauernfamilien in Graubünden Teil des Direktvermarktungskonzeptes «Scarnuz Grischun».

Natürlich bedurfte es vor dreizehn Jahren einiger Vorarbeit, bis der erste «Scarnuz Grischun» ausgeliefert wurde, diese geschmackvoll zusammengestellte Wundertüte aus verschiedensten Regio-

«Eine häuslich-bäuerliche Kultur als Grundlage für eine wirtschaftliche Unternehmung – das konnte sich manche Bäuerin zunächst nicht vorstellen.»

nalprodukten. Jede der Bäuerinnen leistete ihren Beitrag, sei es mit einer Spezialität nach persönlichem Rezept, mit dem Falten der Papiersäcke oder dem Lagern und Versenden der Pakete. Die Gruppe der Gründerinnen in der Region Surselva stellte mit den Betriebsberaterinnen der Landwirtschaftsschule Richtlinien für den «Scarnuz Grischun» auf – Qualitätskriterien, aber auch Vorgaben zur ökologisch und ästhetisch überzeugenden Verpackung. Der landwirtschaftliche Beratungsdienst koordinierte die Aktivitäten, ein professioneller Grafiker kreierte ein Logo. Der Kanton Graubünden, dessen Eigentum die eingetragene Marke «Scarnuz Grischun» ist, unterstützte den Start des Projektes finanziell. In Ilanz richtete die Gruppe Surselva an zentraler Lage eine Bezugs- und Versandstelle ein. Hier laufen die Fäden zusammen: Irma Caveng, «Scarnuz-Frau» der ersten Stunde und in Ilanz für die Vermarktung zuständig, nimmt die Bestellungen entgegen, stellt den Scarnuz den Kundenwünschen entsprechend zusammen, liefert ihn persönlich aus oder verschickt ihn per Post. Bestellen kann man übrigens auch im Internet (www.scarnuz-grischun.ch).

Herzblut und Weitblick

Was zählt, ist aber vor allem der persönliche Kontakt mit den Kundinnen und Kunden: Zuvorderst dank «Mund-zu-Mund-Werbung», wie Irma Caveng betont, ist es nämlich in all den Jahren gelungen, den Kreis der Abnehmer stetig zu erweitern. Die fünf «Scarnuz»-Teams setzen heute im Jahr mehrere hunderttausend Franken um, jeder der beteiligten Frauen bleiben immerhin einige tausend Franken – ein willkommener Zustupf für die Bäuerinnen und ihre Familien. Diese Tatsache allein jedoch erklärt den nachhaltigen Erfolg des Unternehmens nicht. Gefragt sind heute noch «Herzblut und Idealismus», sagt Irma Caveng. Es braucht auch in einem solchen Netzwerk Macherinnen, «Leute, die den Karren ziehen und mit Weitblick handeln». Und die auch gegen Widerstände – etwa die Verlockung anderer Vertriebskanäle, zum Beispiel über Grossverteiler – unbeirrt an der Idee der gemeinsamen, direkten Vermarktung der Produkte festhalten. Nur so, sagt Irma Caveng, sei gewährleistet, dass die natürlichen Produkte frisch zu den Konsumenten gelangten. Jedenfalls haben sich die Bündner Bäuerinnen mit ihrem Projekt als Vorreiterinnen erwiesen: Seit einigen Jahren gibt es in manchen Regionen des Landes solche Produktionsgruppen, die nach dem Bündner Modell heimische Spezialitäten selbst vermarkten – vom «Bärner Buurechorb» im Emmental bis zum «Wyland Hütz» im zürcherischen Weinland.

Mit Konsensveranstaltungen in Savognin und Alvaneu versuchte das Projektteam von Marcel Hunziker* die Ergebnisse aus den Umfragen zur Landschaftsentwicklung in die Regionalentwicklung einzubringen. Eine wissenschaftliche Begleitung dieses Umsetzungsprozesses zeigt, dass damit eine Annäherung erreicht wurde. Die praktische Bedeutung wird sich jedoch vor allem mittel- bis längerfristig zeigen.

Mehr Konsens durch Dialog?

Text *Pirmin Schilliger, Luzern*

«Die Umfragen im Albulatal und im Surses verdeutlichten (vgl. Seite 6), dass sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in wichtigen Fragen der künftigen Entwicklung der alpinen Landschaft nicht einig sind», so Marcel Hunziker. Dabei offenbarten sich nicht nur unterschiedliche Sichtweisen zwischen Bergbewohnern, Touristen und «Unterländern». Auch zwischen den Bergbewohnern selbst – auf lokaler Ebene – zeigten sich Meinungs- und Interessenunterschiede. Was sollte damit passieren? Den Deckel drüber und schnell in die Schublade? Das Projektteam von Marcel Hunziker verfolgte ehrgeizigere Ziele. Es setzte auf praktische Konsensfindung – Dialog als ersten Schritt einer Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Doch wie ist dies zu bewerkstelligen? Um die Forschungserkenntnisse direkt für die regionale Entwicklungsplanung nutzbar zu machen, wurden in den beiden untersuchten Teilregionen Albulatal und Surses Konsenskonferenzen durchgeführt. Die Forscherinnen und Forscher ihrerseits wollten dabei herausfinden, ob solche Konsensfindungsverfahren tatsächlich zu mehr Konsens führen.

Differenzen abgebaut

An den Konsenskonferenzen in Alvaneu und Savognin, die von jeweils zwei Moderatorinnen geleitet wurden, nahmen Personen aus allen Bevölkerungsgruppen teil. In geschütztem Rahmen diskutierten sie ihre Standpunkte und gemeinsame Entwicklungsleitlinien. Die Sichtweise der Abwesenden – der Touristen und der Schweizer Bevölkerung aus dem Unterland – wurde durch die Ergebnisse der Umfragen in die Veranstaltungen eingebracht. «Am Ende der siebenstündigen Konferenzen zeugten müde, aber zufriedene Gesichter und unzählige voll geschriebene Plakate vom Erfolg der Veranstaltung», so Moderatorin Christine Meier.

Dass sich dabei die Teilnehmenden in wichtigen Fragen näher kamen, bestätigte die wissenschaftliche Auswertung. Auf Grund von Fragebogen, die vor und nach der Veranstaltung ausgefüllt werden mussten, konnten Hunziker und sein Team nachweisen, dass die Einigkeit unter den Teilnehmenden im Laufe des Dialoges grösser geworden war, die Differenzen abgebaut werden konnten.

Natürlich lassen sich solche Einstellungsveränderungen und Einigkeitsfortschritte nur schwer quantifizieren. Hunziker räumt denn auch ein: «Ob Konsensfindungsverfahren massgeblich dazu beitragen können, bestehende Differenzen zwischen den beteiligten Interessengruppen auf lokaler Ebene und auf längere Sicht zu überbrücken und auszuräumen, könnten erst längerfristige Messreihen zeigen.»

Erwartungen unterschiedlich erfüllt

Fliessen die Ergebnisse der Umfragen wie auch der Konsenskonferenzen nun direkt in die Regionalplanung ein? Johann Gruber, Sekretär des Regionalverbandes Mittelbünden, ist eher skeptisch: «Die Workshops waren zwar anregend, aber die Forschungsergebnisse lassen sich wohl kaum in die Praxis umsetzen.» Er erhofft sich vom geplanten regionalen Naturpark «Parc Ela» und der Anmeldung der Albula-Bahn für die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste kräftige Impulse für die strukturschwache Region, eine Entwicklung zudem ganz im Einklang mit der bestehenden Kulturlandschaft. «Unser wichtigstes Anliegen sind neue Arbeitsplätze mit grosser Wertschöpfung», so Gruber, «aber dafür liefert die Studie leider wenig Brauchbares.»

Ein optimistischeres Fazit zieht George Ragaz, Abteilungsleiter im kantonalen Amt für Natur und Umwelt. «Die Bauern diskutierten lebhaft über die Nutzung von Maiensässen und die Bewirtschaftung von Grenzertragsböden. In den Workshops konnten sie Konflikte erkennen und benennen, wenn auch nicht in einem Tag bereinigen.» Die kantonalen Behörden seien jedenfalls gewillt, die Resultate der Studie in die Regionalplanung einfliessen zu lassen, betont er.

Auch Reto Barblan, Direktor von Bergün Tourismus, war engagierter Workshop-Teilnehmer. Er fand dabei die Bestätigung für die im Albulatal schon länger eingeschlagene Tourismus-Strategie. «Wir müssen unsere Landschaft so erhalten, wie sie gegenwärtig ist: Natur pur, in einer gepflegten und intakten Bergwelt.»

Thomas Kollegger, Gemeindepräsident von Alvaneu, war besonders neugierig darauf, zu erfahren, wie weit sich die Erwartungen der Bergler bezüglich der Landschaftsentwicklung mit jenen der Städter decken. Überraschungen? «Gewundert habe ich mich darüber, dass heute die Mehrheit der Einwohner von Alvaneu den Golfplatz schön findet, ganz im Unterschied zu früher, als es bei der Planung heftigen Widerstand gab.» Womit der Gesinnungswandel zusammenhängen könnte, lässt er offen. Dank der Studie sei die Bevölkerung jedenfalls für den Umgang mit der Landschaft weiter sensibilisiert worden. Vor Ort sei der Konsens gewachsen, dass Verwilderung und Einwalden keine Option sein könnten.

Landschaft auf jeden Fall einzigartig

Dem pflichtet auch Landwirt Alfons Cotti bei. Er hält auf der Alp Flix im Surses Schafe und verarbeitet die Milch zu einem köstlichen Käse, der in der ganzen Schweiz vermarktet wird. Die Intensität der Bewirtschaftung der Alpen stehe und falle mit den Direktzahlungen, schlägt er den Bogen zur Landwirtschaftspolitik. «Selbst wenn sämtliche Subventionen gänzlich gestrichen würden, würde es in den Alpen nicht zur völligen Verwilderung kommen», lautet sein Credo. Dafür will er sich ganz persönlich einsetzen, denn schliesslich ist das für ihn eine Existenzfrage. «Intakte, bewirtschaftete Landschaften und deren Erhalt, das sind unsere zentralen Werte, die wir hier in unseren Bergtälern haben», so Cotti. Zudem ständen die Bündner Bergbauern schon lange stark hinter der Politik einer nachhaltigen Bewirtschaftung. Persönlich sei er nie der Versuchung erlegen, die hintersten Ecken seiner 50 Hektaren zu bewirtschaften und aus jedem Quadratmeter das Maximum herauszuholen.

Die Biologen geben Cotti Recht. Die Alp Flix ist, wie sich am so genannten «Biodiversitäts-Tag» der Zeitschrift «GEO» herausstellte, einzigartig. Über 2000 verschiedene Arten aus Fauna und Flora haben Wissenschafterinnen und Wissenschafter hier an einem einzigen Tag gefunden. Unglaubliche 10 000 dürften es nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt sein. Dieser Artenreichtum könnte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass hier eine alpine Hochebene auf 2000 Meter über Meer noch rege bewirtschaftet wird.

Tiefe Verbundenheit mit der Landschaft

Doktorandin Susanne Kianicka, die mit dem Aussenblick der «Unterländerin» in den beiden Bergtälern forschte, beeindruckte die tiefe Verbundenheit der Einheimischen mit ihrer Landschaft und die Aufmerksamkeit, mit der sie jede kleine Änderung beobachten. Allerdings tun sie dies nicht immer ohne rosa gefärbte Brille. «Denn während die Bewohner von Alvaneu ihren eigenen Lebensraum bis auf eine störende Hochspannungsleitung noch als völlig intakt erleben, tendieren die Savogniner dazu, die im Soge der touristischen Entwicklung unübersehbaren Bausünden auszublenden oder zu beschönigen», so Kianicka. Der ansässige Journalist Ursus Baltermia deutet dies wie folgt: «Das Aufeinanderprallen der Interessen von Land- und Forstwirtschaft sowie von Tourismus und Bauwirtschaft ist ein Dauerthema und beherrscht in Savognin die Alltagspolitik.»

Auch wenn letztlich offen bleibt, wie weit sich die Ergebnisse der Studie und der Workshops im Alltag niederschlagen, so wird auf jeden Fall Konsensfindung in beiden Tälern schon bald wieder ein Thema sein. Bei der nächsten Herausforderung steht allerdings weniger die Gestaltung und Bewirtschaftung der Landschaft im Vordergrund. Im Albulatal und im Surses werden Gemeindefusionen angestrebt. Bei diesem Prozess könnten die im Rahmen des NFP 48-Projekts gemachten Erfahrungen aus Workshops, Diskussionen und Konsensfindungskonferenzen zweifellos von weiterem Nutzen sein.

* Projektleitung: **Dr. Marcel Hunziker** (vgl. Seite 9)

Kontakt: marcel.hunziker@wsl.ch

DIALOG

Um ein numerisches Modell mit den richtigen Daten zu füttern, müssen die Forschenden wissen, wie das lokale System funktioniert. Die Sicht der Akteure vor Ort, wie die Dinge zusammenhängen, ist eine wichtige Voraussetzung, um Szenarien möglichst realistisch entwerfen zu können. Das Forschungsteam um Peter Bebi* hat in verschiedenen Phasen des Projektes ALPSCAPE den Austausch mit der Davoser Bevölkerung gesucht.

Die Entwicklung von Szenarien und Wirkungsketten erfordert mehr als nur wissenschaftliche Erkenntnisse und Modelle. Unabdingbar ist der Einbezug lokalen Wissens. «Wir haben dazu neun Protagonisten gezielt ausgewählt – vom Tourismusdirektor über den Landammann bis zum Pfarrer», berichtet Peter Bebi, der im Dischmatal, einem kleinen Seitental von Davos, aufgewachsen und mit der Mentalität der Einheimischen bestens vertraut ist. Für das Knüpfen der notwendigen Kontakte zum Sammeln des lokalen Know-hows war dies ein entscheidender Vorteil. «Wir konnten gleichsam von Alpenbewohner zu Alpenbewohner miteinander reden», meint Bebi.

Lokales Wissen: für die Wissenschaft nutzen – und lokal austauschen

Politische Entscheidungshilfen

Die Protagonisten ihrerseits zogen weitere Informanten in den Prozess ein, sodass schliesslich dreissig Personen – verteilt auf sechs Untergruppen zu den Themen Landwirtschaft, Tourismus, Baugewerbe, übriges Gewerbe, Schule und Jugend sowie Bevölkerung – ihr Wissen beisteuerten. «Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren schnell in eifrige Diskussionen verstrickt. Sie lieferten spontan Vorschläge, was anders und besser gemacht werden könnte», lobt Bebi das Engagement der Beteiligten.

Für Landammann Hanspeter Michel waren die Workshops eine ideale Gelegenheit, sich einmal über das normale politische Tagesgeschäft hinaus Gedanken zu machen über die längerfristige Zukunft von Davos, auch wenn ihn im Moment aktuelle Sorgen stark beschäftigen. Mit der jüngsten Schliessung von vier Kliniken hat die Gemeinde viele Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung verloren. «Wir suchen nach Alternativen, um diesen Verlust wieder wettmachen zu können», so Michel. Unternehmerische Ideen sind also gefragt. Dabei soll aber die wirtschaftliche Entwicklung stets auf die ökologischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Gerade in diesem Punkt erwartet Michel vom Projekt ALPSCAPE konkreten

Nutzen für seine politische Arbeit. «Ich bin gespannt auf die Erkenntnisse, die auf jeden Fall in den politischen Entscheidungsprozess einfliessen werden», unterstreicht er.

Kein Thema der Sonntagspredigt war ALPSCAPE bis jetzt für den Davoser Pfarrer Stefan Hügli. Doch was noch nicht ist, das kann ja noch werden. Die Workshops waren ihm jedenfalls eine willkommene Möglichkeit zu erfahren, wie ein Ort im Alpenraum funktioniert. «Der besondere Reiz dabei war, dass hier Gruppierungen zusammenkamen, die normalerweise getrennte Wege gehen.» Einen Vorbehalt hat Hügli: Jene Bereiche, die mit Zahlen argumentieren könnten, wie etwa die Wirtschaft, hätten in diesem Modell die besseren Karten als rechnerisch weniger fassbare Bereiche wie etwa Kultur, Bildung oder eben Religion.

Klarere Positionierung von Davos

Als Vertreter des Baugewerbes und als Mitglied der Raumplanungskommission sass Architekt Paul Sprecher in den Workshops. Er konnte ein paar Aspekte beisteuern, die dem Projekt zu mehr Praxisnähe verholfen haben. «Wir möchten auf keinen Fall, dass am Schluss die Resultate einfach in die Schublade wandern.» Er erwartet Entscheidungshilfen für die Zukunft, vor allem in Fragen der künftigen Positionierung seiner Gemeinde. «Die klare Stellung von Davos erodiert und unser Ort läuft Gefahr, zu einem beliebigen Gemischtwarenladen zu werden», gibt er zu bedenken. Eine Besinnung auf die ursprünglichen Stärken als Wintersport- und Gesundheitsplatz könnte eine Chance sein, und dazu würde ein Mega-Event wie die Olympischen Winterspiele durchaus passen, glaubt er.

«ALPSCAPE ist, weil die Landwirtschaft stark involviert ist, eine gute Chance, unsere Anliegen einer nichtbäuerlichen Bevölkerung näher zu bringen», begründet Toni Hoffmann, Landwirt und Präsident des Bauernverbandes Davos, seine Teilnahme am Workshop. Insbesondere freut ihn, dass die Studie bestätigt, was die Bauern selber schon lange gewusst haben: Ohne Direktzahlungen wird die Landwirtschaft nicht überleben. «Aber wenn wir das selber sagen, glaubt es keiner; besser also, wenn das eine neutrale Studie klarstellt.» Hoffmann selber bewirtschaftet sechzehn Hektaren intensiv und betreibt Mutterkuhhaltung und eine Schweinemästerei. Er möchte auch in Zukunft als Bergbauer sein Brot verdienen. Eben hat er eine Biogasanlage gebaut, die erst nach vielen Jahren amortisiert sein wird.

Geradezu begeistert äussert sich Armin Egger, Direktor von Davos Tourismus: «ALPSCAPE ist ein ausgesprochen interessanter Ansatz, und ich habe mich nur gewundert, dass man nicht schon viel früher auf diese Idee gekommen ist. Das Werkzeug ermöglicht eine auf alle interessierten Kreise abgestimmte Zukunftsplanung, bei der man nicht einfach im Blauen herumfischen muss. Das Projekt darf auf keinen Fall einschlafen, sondern muss jetzt unbedingt weitergehen.»

Für die Forscher selber waren die Workshops wichtig, um herauszufiltern, welche Elemente der Bevölkerung am meisten am Herzen liegen. Auch die Unsicherheitsfaktoren im Zusammenhang mit den künftigen Szenarien wurden dank der lokalen Inputs ermittelt und gewichtet.

Erwartungen hüben wie drüben

Der Einbezug lokalen Wissens war nicht nur die entscheidende Voraussetzung, um im Rahmen von ALPSCAPE möglichst realistische Szenarien zu entwerfen. Es erhob die Davoserinnen und Davoser aus der Rolle der Beforschten in die Rolle der Projektbeteiligten.

Wenn Laien auf Tuchfühlung mit der Wissenschaft gehen, schwingen natürlich grosse Erwartungen mit. «Bisher haben wir von der lokalen Bevölkerung und deren Informationen nur profitiert; jetzt möchten sie natürlich einen Output, den sie zu ihrem Nutzen umsetzen können», ist sich Bebi bewusst.

Im Herbst 2005 werden deshalb in einem weiteren Workshop die Resultate des Projekts erstmals öffentlich präsentiert. Die Forderung an die Adresse der Wissenschafterinnen und Wissenschafter lautet: Sie sollen sich so ausdrücken, dass auch Laien alles verstehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops äusserten nämlich immer wieder ihre Zweifel, ob sie die Resultate eines numerischen Computermodells verstehen würden. Nun ist es also Aufgabe der Forschenden, digitale Bildschirmsprache wieder in einen Erzähltext umzuformen und die richtige Kommunikation zu finden. Weiter möchten die Forschenden die Reaktionen der lokalen Bevölkerung nutzen, um ihr Modell nochmals zu verfeinern und noch exakter auf die Realität abzustimmen.

Projektleiter Bebi möchte auf jeden Fall, dass das Projekt Früchte trägt. Zumindest soll es in das neue Leitbild von Davos einfliessen. Ebenfalls im Herbst wird jedenfalls der Davoser Landrat (Gemeindeparlament) die Ergebnisse diskutieren und Umsetzungsmöglichkeiten erörtern.

*** Dr. Peter Bebi** ist Projektleiter des NFP 48-Projektes ALPSCAPE (vgl. auch Seite 23)

Kontakt: bebi@slf.ch

Das Nationale Forschungsprogramm 48 «Landschaften und Lebensräume der Alpen» des Schweizerischen Nationalfonds

Globalisierung, europäische Integration und Marktliberalisierung beschleunigen den Wandel im Alpengebiet und verändern die Rahmenbedingungen in wichtigen Bereichen. Im Auftrag des Bundesrates sucht das Nationale Forschungsprogramm 48 «Landschaften und Lebensräume der Alpen» seit 2002 wissenschaftlich fundierte Antworten auf die Frage, welche Entwicklungen im Alpenraum erkennbar, gesellschaftlich wünschbar, ökologisch vertretbar und wirtschaftlich tragbar sind. 2007 wird das Forschungsprogramm abgeschlossen sein.

Fünf Leitfragen stehen dabei im Zentrum:

Wie nehmen die Menschen Landschaften und Lebensräume wahr?

Wie und warum verändern sich Landschaften und Lebensräume im Alpenraum?

Wie können gemeinsame Ziele für die Entwicklung der Landschaften und Lebensräume gefunden und erreicht werden?

Welchen wirtschaftlichen Wert haben die alpinen Landschaften und Lebensräume?

Wie kann die Landschaftsentwicklung frühzeitig gelenkt werden?

Eine enge Zusammenarbeit der Forscherinnen und Forscher mit der Bevölkerung im Alpenraum soll darauf hinwirken, dass die Forschung auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt ist und zukunftsfähige Lösungsstrategien entwickelt. Als Nationales Forschungsprogramm legt das NFP 48 Wert darauf, den Forschungsergebnissen den Weg in die Praxis zu ebnen und damit einen möglichst hohen Praxisnutzen zu erzielen.

Die Themenhefte des NFP 48

Mit seinen Themenheften bietet das NFP 48 journalistisch aufbereitete Informationen rund um die fünf Forschungsleitfragen. Sie erscheinen 2005/2006 im Halbjahresrhythmus. Die Themenhefte beleuchten das wissenschaftliche Umfeld dieser Fragestellungen, geben Einblick in die Arbeit der Forschungsprojekte und informieren über die gewonnenen und noch zu erwartenden Ergebnisse. Speziell widmen sich die Themenhefte auch den Aspekten der transdisziplinären Forschung und zeigen, wie die Forschenden den Dialog mit der Praxis suchen und pflegen. Insgesamt wollen die Themenhefte an die Forschungsthemen des NFP 48 heranführen. Die Auswahl und Darstellung der Themen erfolgt daher im Wesentlichen nach journalistischen Gesichtspunkten durch die Redaktion sowie die Autorinnen und Autoren. Die Themenhefte ersetzen damit in keiner Art die wissenschaftlichen Publikationen. Eine Übersicht zu diesen findet sich über die Projekte auf der Website.

Bereits erschienen:
Alpensichten
Themenheft I
des NFP 48

www.nfp48.ch

NFP 48 Landschaften und Lebensräume der Alpen
PNR 48 Paysages et habitats de l'arc alpin
NRP 48 Landscapes and Habitats of the Alps